

DP

DEUTSCHE POLIZEI

11/20

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



**HALT
GEBEN –
HALTUNG
ZEIGEN.**

Die PVAG Sach- und Haftpflichtversicherung ist für dich da!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Der passende Privatschutz für GdP-Mitglieder.

Sicherheit ist dein Beruf. Umso wichtiger, dass deine eigene Absicherung effektiven Schutz bietet. Ob im Einsatz oder in der Freizeit, auf das spezielle Sicherheitskonzept für GdP-Mitglieder kannst du dich verlassen.

Zusätzliche
Leistungen und
5%
Beitragsvorteil
für GdP Mitglieder

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

IN EIGENER SACHE

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat im September ihren 70. Geburtstag gefeiert. Der erhoffte und von vielen gewünschte würdige Rahmen gestaltete sich leider stark eingeschränkt. Die Corona-Pandemie ließ die Festveranstaltung an der Gründungsstätte in Hamburg ausfallen. So blieb eine ausführliche Darstellung der GdP-Geschichte, ihrer führenden Personen und Erfolge – in einer bilderreich gestalteten Festschrift und natürlich auch in der DP.

Vor allem aus den prominenten Grußworten, darunter dem von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, kann leicht entnommen werden, welchen hohen Stellenwert die GdP in der Gesellschaft und der Politik innehat. Desgleichen gilt zunehmend für die Medien hierzulande, seien es die klassischen Formate oder digitale Newsportale oder Videostreams.

Die GdP ist mehr denn je gefragt. Bei Ereignissen mit polizeilichem Bezug ist sie meist erste Wahl, wenn es gilt, einzuordnen, Hintergründe zu erklären oder Lösungsansätze vorzustellen. Während der Rehabilitationszeit des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow übernehmen dies in erster Linie seine Stellvertreter Jörg Radek und Dietmar Schilff, tatkräftig unterstützt durch die Vizes Michael Mertens und René Klemmer.

Auch deren Stimmen sind ruhig und sachlich, deren Wortwahl ist nicht grell – und deshalb werden sie gern und oft gehört. Rund 430 Interviews sind so in diesem Jahr bis Mitte Oktober zusammengekommen, dazu etwa 4.500 Online-Einträge. Und auch DP hat den einen oder anderen Leser außerhalb der Polizei gewinnen können. Das erfreut die Redaktion ebenso wie die zumeist konstruktiven Rückmeldungen auf Veröffentlichungen oder die immer häufigeren Artikelangebote bisher in DP unveröffentlichter Autoren.

Viel Lesefreude bei der aktuellen Ausgabe.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Titel

10 Halt geben – Haltung stärken

Kommentiert

7 Wertschätzung

Hingeschaut

14 Rechter Terror als zentrale Gefahr

18 An allem schuld

Unterwegs

24 Als Gender-Beauftragte in Kabul

Hinterfragt

32 Die unterschätzte Straftat

38 Auslaufmodell Mensch?

Im Gespräch

35 Ungebremste Gier

Innenleben

2 Meinungs-austausch mit Bundestags-Innenexperten

3 Zähes Ringen um Kompromiss

4 Lücken ausgleichen

5 GdP-Senioren digital und analog dabei

6 Gewinnen!

6 Geplanten Urlaub verschieben?

20 Videokonferenz: Flexibles Arbeiten

20 „Erneuern“ der GdP-Seniorenarbeit

22 Gesund durch den Job? Ja, bitte!

39 Geballte Frauenpower

Forum

40 Eure Meinung

40 Impressum

IN DIESER AUSGABE

Die Polizei ist seit Längerem im Fokus zahlreicher Debatten. Manches geht da durcheinander, wird polemisiert oder stark vereinfacht. Die GdP sprach mit führenden Politikern und vermochte einiges geradezurücken.

ANTISEMITISMUS

Fast ein Jahr nach dem rechtsextremen Anschlag auf die Synagoge in Halle hatte Anfang Oktober in Hamburg ein 29-Jähriger einen drei Jahre jüngeren jüdischen Studenten mit einem Klappspaten auf den Kopf geschlagen und ihn schwer verletzt. Die jüdischen Gemeinden beklagen zunehmend einen offensiveren und offensichtlicheren Antisemitismus hierzulande. Die DP-Autoren Prof. Dr. Stefan Goertz und Dr. Florian Hartleb beleuchten die Erscheinungsformen des Judenhasses aus verschiedenen Blickwinkeln.

Innenleben

GdP IM POLITIKBETRIEB

Meinungsaustausch mit Bundestags-Innenexperten

Gleich nach der politischen Sommerpause in Berlin starteten stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen „Gesprächsmarathon“ mit Bundestagsabgeordneten.

Wolfgang Schönwald

Im Meinungsaustausch mit dem CDU-Parlamentarier Mathias Middelberg verdeutlichten die Gewerkschafter, dass den Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamten und Tarifangestellten Anerkennung, Respekt und Wertschätzung gebühre. Die Kolleginnen und Kollegen seien da, wenn sie gebraucht würden. Daher genieße die Polizei bei einer sehr großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein überaus hohes Vertrauen.

Im Dialog mit Ute Vogt, innenpolitische SPD-Sprecherin, kritisierten die GdP-Vizes Jörg Radek und Dietmar Schilff das Schüren und Institutionalisieren einer politischen Misstrauenskultur gegen die Polizei. Teile der Gesellschaft würden darin eine Legitimation für gewalttätige Angriffe erkennen. Vorschnelle Bewertungen ohne entsprechende sachliche Aufklärung und Einsatznachbereitung verunsicherten die Bevölkerung.

In der Diskussion mit dem FDP-Innenexperten Konstantin Kuhle ging es auch um die Herausforderungen in Pandemiezeiten. Als Beispiel wurde das mutige, umsichtige und konsequente Einschreiten der Einsatz-

kräfte bei der Vielzahl der Corona-Demonstrationen in der Hauptstadt hervorgehoben, vor allem bei der Erstürmung der Treppen des Reichstagsgebäudes.

Im Gespräch mit der innenpolitischen Linken-Sprecherin Ulla Jelpke bezeichneten Radek und Michael Mertens die anhaltende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in der Bundesrepublik als abscheulich. Die Kolleginnen und Kollegen erlebten fast täglich Situationen, in denen ihnen unvermittelt Brutalität und Verachtung entgegen schlug.

Der Grünen-Innenexpertin Irene Mihalic gegenüber stellten Radek und Schilff klar, dass polizeiliches Einschreiten jederzeit rechtstaatlich überprüfbar sei. Zugleich betonten sie, dass nachgewiesene Verstöße gegen die Verfassung nicht nur dienstrechtlich, sondern auch strafrechtlich verfolgt werden müssten. Die Gewerkschafter plädierten für verstärkte Anstrengungen zum nachhaltigen Festigen demokratischer Resilienz in den Sicherheitsbehörden.

Der Gedankenaustausch mit Parlamentariern und politisch Verantwortlichen werde fortgesetzt, kündigten die Gewerkschafter an. ■



Gespräche mit den Innenexperten der Fraktionen im Deutschen Bundestag: Die GdP-Vizes Jörg Radek und Dietmar Schilff tauschten sich mit Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU) ...



... mit Ute Vogt (SPD) ...



... mit Konstantin Kuhle (FDP) ...



... und Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus.



Mit Ulla Jelpke (Die Linke) sprachen die GdP-Vizes Jörg Radek und Michael Mertens in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.

Innenleben

Neben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der GdP verhandeln die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt sowie die Tarifgemeinschaft des Deutschen Beamtenbundes mit Bundesinnenminister Horst Seehofer als Vertreter des Bundes sowie der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA).



GdP-Tarifvorstand René Klemmer spricht zu den Demonstrierenden vor dem Beginn der zweiten Runde der öD-Tarifverhandlungen. Im Bild rechts: ver.di-Vorsitzender Frank Werneke.

ÖD-TARIFRUNDE FÜR BUND UND KOMMUNEN

Zähes Ringen um Kompromiss

Eine besondere Tarifrunde in besonderen Zeiten – ohne Bundestarifkommissionen und mit wenigen protestierenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ort. Das Ringen der DGB-Gewerkschaften um bessere Löhne und Gehälter für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (öD) in Bund und Kommunen stand auch inhaltlich ganz im Zeichen der Pandemie. Vor wenigen Tagen trafen sich die Verhandlungsparteien im traditionellen Tagungshotel in Potsdam zum dritten Mal – nach Redaktionsschluss der DP-November-Ausgabe.

Wolfgang Schönwald

Zuvor hatten die Arbeitgeber von Bund und Kommunen Mitte Oktober erstmals ein Angebot von insgesamt 3,5

Prozent mehr Lohn und Gehalt in drei Jahresstufen vorgelegt, das auf scharfe Kritik bei den Gewerkschaften stieß. GdP-Vize und Ta-

rifexperte René Klemmer kommentierte: „Die Arbeitgeber haben in die unterste Schublade gegriffen und etwas herausgezogen, das man nur als Fake-Angebot bezeichnen kann. Wirklich ernst können sie das nicht meinen.“

Das für Tarifpolitik zuständige Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP), äußerte am Rande der Gespräche sein Unverständnis über das „destruktive Verhalten der Arbeitgeberseite, die keinerlei Verständnis für unsere Forderungen zeigten und auf Konfrontationskurs zu den Gewerkschaften“ gingen.

Der öffentliche Dienst helfe seit Monaten mit, dass es trotz Corona in den stark gebeutelten Branchen so schnell wie möglich wieder aufwärts gehe. „Die großen, oft existenziellen Sorgen vieler Menschen haben unsere Beschäftigten und auch wir Gewerkschafter nicht aus den Augen verloren. Auch die vielen Versprechen der Politiker in den vergangenen Monaten. Die Arbeitgeber hätten ausreichend Zeit gehabt, sich damit auseinanderzusetzen“, so Klemmer.

Lautstark hatten, wenn auch nur wenige, Polizeibeschäftigte die Arbeitgeber von Bund und Kommunen zur zweiten Tarifrunde in Potsdam begrüßt. Zufriedenheit sehe anders aus, betonten Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor dem Tagungshotel. Sie brachten vor allem die Äußerungen der Arbeitgeber auf die Palme, wonach die Gewerkschaftsforderungen unbezahlbar seien. „Es ist allen öD-Beschäftigten schwer vermittelbar, denen in den vergangenen Monaten immer wieder bestätigt wurde, dass sie eine sehr gute Arbeit in der Pandemie leisten.“ ■



Social-Media-Post der GdP zum Tarifangebot der Arbeitgeber.

Innenleben

VERSORGUNG GESCHIEDENER BEAMTINNEN UND BEAMTEN

Lücken ausgleichen

Das Problem der Versorgungslücken, die nach einer Scheidung auftreten können, begleitet die GdP seit langen Jahren und war bereits Gegenstand vieler Bundeskongressanträge. Bei der Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Versorgungsbericht der Bundesregierung rückt das Thema wieder in den Fokus.

Gudrun Hoffmann

Sven Hüber, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB), die für Beamtenrecht zuständige Gewerkschaftssekretärin Gudrun Hoffmann, der auf Scheidungen von Polizeibeamtinnen und -beamten spezialisierte Bremer Rechtsanwältin Bernd Stege und die seiner Kanzlei zugehörigen Rentenberaterin Linda Pietzka erörterten im August Grundlegendes und entwarfen eine Strategie. Fakt ist: Jede zweite Ehe wird hierzulande geschieden. Leider scheitern Ehen von Polizeibeschäftigten, teils durch die hohen Anforderungen des Polizeidienstes oder Belastungen wie den Wechselschichtdienst, besonders häufig. Klar ist, dass die Lückenversorgung im Alter von der GdP nicht einfach hingenommen wird.

Durch die Änderungen des Versorgungsausgleichs mit dem Versorgungsausgleichsgesetz 2009 und die Einführung des Halbtteilungsprinzips hat sich die Situation für Beamte mit besonderer Altersgrenze und Frührentner nicht verbessert. Denn Polizeibeamtinnen und -beamte, die nach der Scheidung von einem Landesbeamten oder gesetzlich Rentenversicherten einen Versorgungsanspruch aufgrund des Versorgungsausgleiches haben, erhalten diesen erst mit dem gesetzlichen Renteneintrittsalter beziehungsweise der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Wegen der besonderen Altersgrenze, mit der Polizeibeamtinnen- und -beamte in den Ruhestand gehen, entsteht so eine Versorgungslücke von mehreren Jahren. Die aus

dem Versorgungsausgleich resultierenden Ansprüche werden erst mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze wirksam. Besser aussieht es nur bei Versorgungsausgleichsansprüchen gegen einen Bundesbeamten.

Eine Besonderheit besteht auch bei vorzeitigem Ruhestand. Dort treten die Kürzungen sofort mit Eintritt in den Ruhestand ein, allerdings ist die Dauer bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze und damit des Erhalts eigener Versorgungsausgleichsansprüche noch deutlich länger.

Nichtsdestotrotz setzt sich die GdP auch politisch für gesetzliche Änderungen ein. Bereits im Vorjahr hatte der BFA BB eine Briefaktion in die Wege geleitet, bei der alle Bundestagsabgeordneten im Rahmen der Reform der Besoldungsstrukturen im Bund angeschrieben werden sollten – mit dem Hinweis, sich für eine Änderung im Beamtenversorgungsgesetz einzusetzen. Der GdP-Vorschlag besteht darin, Paragraph 14 a Beamtenversorgungsgesetz (Vorrübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes) zu ergänzen: Der Vorstoß sieht einen Zuschuss zur Ergänzung des Ruhegehalts in Höhe des zustehenden Versorgungsausgleichs bis zum Einsetzen der Zahlbarkeit des Versorgungsausgleichs vor – ein Beispiel für entsprechende Anpassungen in den Landesbeamtenengesetzen.

Im September trafen sich der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek und der BFA-BB-Vorsitzende Hüber mit der Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Andrea Lindholz.

Anwaltlicher Tipp: Abänderungsvereinbarungen zum Versorgungsausgleich führen häufig zur Besserstellung und sind jeder betroffenen Kollegin und Kollegen ebenso zu empfehlen wie eine Verrechnungsvereinbarung im Scheidungsverfahren.



GdP-Vize Jörg Radek (l.) und der BFA-BB-Vorsitzende Sven Hüber (r.) mit der Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Andrea Lindholz.

Lindholz, versierte Familienrechtsanwältin, hakte nach. Ob denn das persönliche Eherisiko und das persönliche Risiko einer Scheidung durch die Allgemeinheit getragen werden müssten oder nicht besser durch persönliche, vernünftige Regelungen wie eine Verrechnungsvereinbarung aufgefangen werden sollten? Skeptisch zeigte sie sich gegenüber dem von der GdP vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen im Beamtenversorgungsrecht. Schließlich sollten persönliche Lebensentscheidungen durch den Steuerzahler ausgeglichen werden.

Sie bot hingegen an, gemeinsam mit der GdP über eine Lösung nachzudenken, die wie beim vorzeitigen Altersrentenbezug einerseits einen früheren Zugriff auf den Versorgungsanteil ermöglichen soll, andererseits aber wie bei den vorzeitigen Rentenleistungen angemessen gekürzt würde. Damit würde die Versorgungslücke für Beschäftigte mit besonderer Altersgrenze, jedoch auch für Erwerbsunfähige und Frührentner wenigstens gemildert. Es müsse geprüft werden, ob ein so gegebenenfalls gekürzter, aber frühzeitiger Bezug aus dem Versorgungsausgleich sich für die Betroffenen rechne. Um ein Gefühl für die Brisanz der Problematik bei den Betroffenen zu bekommen, bat die CSU-Politikerin um Beispielfälle.

Die GdP-Senioren- wie -Frauengruppe und der BFA BB sind bereits auf der Spur. Fallbeispiele können per E-Mail direkt an **gudrun.hoffmann@gdp.de** gesendet werden. ■

Innenleben

ARBEITSKREIS SENIOREN IM DGB

GdP-Senioren digital und analog dabei

Die Seniorenorganisationen der Mitgliedsgewerkschaften treffen sich regelmäßig im Arbeitskreis Senioren des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Neu an der Ende September anberaumten Sitzung: Sie hat als sogenannte Hybridveranstaltung stattgefunden.

Gudrun Hoffmann

Einige Teilnehmende wurden via Videokonferenz zugeschaltet, etwa der stellvertretende Schriftführer im Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand, Werner Fischer. Andere Kolleginnen und Kollegen wie der stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerk und die für die Seniorengruppe zuständige Gewerkschaftssekretärin Gu

Anspruchsvolles Programm

Zunächst gab der für Senioren im Bundesfamilienministerium zuständige Abteilungsleiter Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel einen Überblick über den „Achten Altersbericht der Bundesregierung“ zum Thema „Ältere Menschen und Digitalisierung“.

Seit 1994 wird in jeder Legislaturperiode ein Altersbericht herausgegeben, der die Lebenssituation älterer Menschen beschreibt. Alterspolitische Entscheidungs-

prozesse sollen so in Gang gesetzt und unterstützt werden. Dazu wird ein Sachverständigen

Obwohl diese Kommission ihre Arbeit bereits vor Beginn der Pandemie beendete, sind die Ergebnisse angesichts der Erfordernis der sozialen Isolierung und der damit verbundenen stärkeren digitalen Vernetzung aktuell.

Digitale Chancen betont

Der Bericht betont die Chancen, die digitale Technologien bieten, um älteren Menschen möglichst lange eine selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung zu ermöglichen. Deutlich wird auch, dass eine „digitale Spaltung“ nicht nur zwischen Jung und Alt besteht, sondern bereits auch innerhalb der älteren Generation.

Handlungsoptionen

Der Zugang zu digitalen Technologien müsse für alle ermöglicht werden. Digitale Souveränität und Teilhabe lauten die

Foto unten: Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel, für Seniorenpolitik zuständiger Abteilungsleiter im Bundesfamilienministerium

Stichworte. So sollten in allen Wohnformen für ältere Menschen wie in der stationären Versorgung Internetzugänge bereitgestellt werden. Ohne entsprechende Rahmenbedingungen funktioniere dies nicht – also ein im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen flächendeckend kostenfrei nutzbares Internet. Das Problem der unzureichenden Netzabdeckung, vor allem in ländlichen Räumen, bedürfe einer baldigen Lösung.

DGB-Vorstandsmitglied zu Gast

Anja Piehl ist seit Mai Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Vorstand und auch für Senioren zuständig. In einem interessanten und lebhaften Austausch wurde deutlich, welche Erwartungen von den Seniorinnen und Senioren an den DGB bestehen. Piehl zeigte sich sehr aufgeschlossen und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit.

In der Diskussion machte Gerk deutlich, dass die Versorgungssysteme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sowie der Beamtinnen und Beamten gleichberechtigt nebeneinander stehen müssen. Beispiele aus dem Polizeialltag untermauerten seine Forderung. Piehl sagte, dass sie um die besonderen Belastungen des Polizeiberufs wisse.

Keine Scheu vor Herausforderungen

Seit auch auf Druck der GdP-Seniorengruppe der DGB-Bundesseniorenbeauftragte Klaus Beck seine Arbeit aufgenommen hat, verbessert sich die Zusammenarbeit mit dem DGB, aber auch die Koordination der Gewerkschaften untereinander. So wurde in Arbeitsgruppen das Thema Seniorenmitwirkung breit diskutiert und ein Papier verabschiedet, das als Forderungsgrundlage in den politischen Raum getragen werden kann.

Als nächstem Schwerpunkt wollen sich die DGB-Seniorinnen und -Senioren der Diskriminierung aufgrund des Lebensalters sowie der Kommunalpolitik für ältere Menschen widmen.

Ein breites Feld, aber große Herausforderungen scheut unsere Seniorengruppe nicht – ob nun analog oder digital. ■



Innenleben



DP-Autorin Siggi Holschen

ARBEITSGRUPPE GLEICHSTELLUNG UND CHANGENGLEICHHEIT

Gewinnen!

Was war durch die Corona-Krise möglich – was nicht? Was gilt es festzuhalten und weiterzuentwickeln? Anfang September traf sich das Team der AG Gleichstellung und Chancengleichheit in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP), um Handlungsempfehlungen für GdP-Gleichstellungsbeauftragte, Personalräte und für unsere Gewerkschaftsorganisation zu entwickeln.

Siggi Holschen

Junge Frauen wollen Perspektiven sowohl in der Karriereentwicklung als auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur wenn Chancengleichheit von Frauen und Männern verwirklicht ist, können deren Stärken effizient genutzt werden und zur Attraktivität des Polizeiberufs beitragen.

Wichtig ist der Arbeitsgruppe dabei nicht, Negativlisten zu erstellen, sondern aufzuzeigen, wo wir besser werden müssen. Auch künftig wollen wir den Anforderungen der Gesellschaft an die Polizei gerecht zu werden.

Aufgrund des demografischen Wandels sowie den zunehmenden Herausforderungen für Polizistinnen und Polizisten ist die Polizei gefordert, sich als attraktiver Arbeitgeber darzustellen.

Dazu haben die AG-Mitglieder ein Positionspapier mit konkreten Handlungsempfehlungen zu Themen wie Werbung, Personalentwicklung, Karriere und vielem mehr erarbeitet. ■

Innenleben

PERSONALRAT MUSS MITBESTIMMEN

Geplanten Urlaub verschieben?

Gerade hinsichtlich der aktuellen Pandemie-Situation können in den Dienststellen Entscheidungen über die zeitliche Verschiebung von Erholungsurlaub, gegebenenfalls in Abweichung vom jeweiligen Urlaubsplan, in einer Vielzahl von Fällen anstehen. Nicht wenige Beschäftigte möchten ihren Urlaub abweichend vom Urlaubsplan der Dienststelle verschieben.

Sven Hüber



Die Entscheidung des Dienststellenleiters über das Genehmigen oder Nichtgenehmigen eines Antrages auf zeitliche Verschiebung des im jeweiligen Urlaubsplan bereits festgestellten Erholungsurlaubs eines Beschäftigten unterliegt jedoch der Mitbestimmung des Personalrates nach Paragraph 75 Abs. 3 Nr. 3 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG).

Das Mitbestimmungsrecht nach Paragraph 75 Abs. 3 Nr. 3 BPersVG erstreckt sich nicht nur auf das Aufstellen des Urlaubsplans, sondern nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Vorschrift auch auf das Festsetzen der zeitlichen Lage des Erholungsurlaubs „für einzelne Beschäftigte, wenn zwischen dem Dienststellenleiter und den beteiligten Beschäftigten kein Einverständnis erzielt wird“. Der

Mitbestimmung steht nicht entgegen, dass nur ein einzelner Beschäftigter mit der Festlegung des Urlaubs in seinem Fall nicht einverstanden ist beziehungsweise von der Regelung im bereits festgestellten Urlaubsplan abweichen möchte. Dies genügt, um das Mitbestimmungsrecht auszulösen.

Diese Auslegung entspricht auch dem Zweck der Mitbestimmung. Denn bei jeder Entscheidung über die zeitliche Verschiebung von Erholungsurlaub, auch solchem bereits im Urlaubsplan festgelegten, sind immer zugleich die Interessen der übrigen Beschäftigten berührt, da diese bei der Entscheidung über die Gewährung des Urlaubs zu berücksichtigen sind, so das Verwaltungsgericht Frankfurt/Main in einem Beschluss (24.08.2020 Az.: 22 K 1366/20 F. PV.). ■

Kommentiert



Kampagnenchef und GdP-Vize Dietmar Schilff bei Videoaufnahmen.

Wertschätzung

Dietmar Schilff

Ich bin seit 41 Jahren bei der Polizei und engagiere mich neben meinen gewerkschaftlichen Aktivitäten ehrenamtlich bei weiteren Organisationen und Vereinen, so wie es viele Tausende Kolleginnen und Kollegen auch tun. Dabei war und ist die Wertschätzung im Dienst und für das Ehrenamt immer ein zentrales Thema. Wie geht die Politik, die Polizei und wie geht die Gesellschaft damit um?

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat seine Sichtweise zum Thema Wertschätzung in seiner Rede auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im November 2018 in Berlin folgendermaßen formuliert: „Meine Wertschätzung gilt den vielen Formen von Gewerkschaftsarbeit in der GdP und zugleich den täglichen Leistungen aller Berufsgruppen, die in ihr organisiert sind.“

Ein klares Statement für die Wichtigkeit ehrenamtlicher Arbeit und insbesondere für die immer schwieriger werdende Arbeit der Polizeibeschäftigten für die innere Sicherheit.

Wenn ich aber die letzten Jahre, ja Jahrzehnte betrachte, stelle ich fest, dass offensichtlich nicht alle politisch verantwortlichen Personen im Bund und in den Ländern – und zwar parteiübergreifend – so handeln. Die Reden in den Parlamenten, die Danksagungen bei Veranstaltungen und die vielen positiven, schriftlichen Statements zu Weihnachten oder bei Gewerkschafts- und Personalversammlungen sind das eine, anders ist es, wenn es um notwendige Verbesserungen und die wirkliche Wertschätzung der polizeilichen Arbeit geht.

Klar ist, dass sich außerhalb der Polizei niemand in die „Denke“ von Polizistinnen

und Polizisten hineinversetzen kann. Niemand kann nachfühlen, wie es ist, bei einem Verkehrsunfall auf eingeklemmte und schreiende Menschen zu treffen, wenn zu wochen- oder monatelang liegenden Leichen ermittelt wird, Todesnachrichten an Angehörige überbracht werden, abstoßende, Ekel erregende Bilder bei Fällen von Kinderpornografie ausgewertet werden müssen, bei Großeinsätzen in Turnhallen oder in Mehrbettzimmern beziehungsweise in Containern zu hausen oder mit Stahlkugeln beschossen, mit Flaschen, Steinen und Molotowcocktails beworfen zu werden. Keiner außerhalb der Polizei kann nachfühlen, wenn Kolleginnen und Kollegen übermüdet und ausgelaugt zusammenbrechen, verletzt werden oder gar im Einsatz sterben, wenn bei „normalen“ Familienstreitigkeiten auf einmal Messer im Spiel sind, wenn sogenannte Antifaschisten „Feuer und Flamme für diesen Staat“ und „Deutsche Polizisten-Mörder und Faschisten“ skandieren und dann auch noch in Schutz genommen werden, wenn an Hauswänden in zahlreichen deutschen Kommunen „ACAB“-Schmiereereien zu sehen sind, wenn bei Fußballereinsätzen Ultras und Hooligans auf die Polizei einschlagen, wenn Aufmärsche rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien zu begleiten sind und man sich die unerträglichen, menschenfeindlichen Parolen anhören muss, während man gleichzeitig mit „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ vom „linken“ Klientel beschimpft wird, wenn Familienclans Kolleginnen und Kollegen beobachten und ihnen offen drohen, wenn Drogendealer Polizeikräfte anspucken oder kratzen ... und so weiter...

Man könnte die Beispiele unendlich verlängern, und schon beim Schreiben kommen mir viele Erinnerungen an Einsätze wieder hoch, die ich, wie viele andere auch, erlebt habe und die man nicht auslöschen kann. Sie bleiben ein Leben lang im Gedächtnis.

Die Politik applaudiert der Polizei verbal, manchmal auch tatsächlich, wie bei der Bundestagsitzung am 9. September dieses Jahres zu sehen war, als alle Fraktionen – mit Ausnahme der AfD – sich erhoben und für die couragierten Kolleginnen und Kollegen lange geklatscht haben, die sich dem versuchten Eindringen von „Demonstranten“ in das Reichstagsgebäude entgegengestellt hatten.

Auch in den Landtagen wird der Polizei und den Beschäftigten in den Reden oft gedankt. Das ist wohlthuend und auch richtig, entscheidend ist aber, dass diese verbale Wertschätzung sich nicht immer in den notwendigen Verbesserungen widerspiegelt.

Der GdP werfen Politiker, wenn wir Forderungen erheben, oft vor, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ja einen festen Arbeitsplatz hätten und grundsätzlich nicht gekündigt werden können. Und diese Auffassung wird dann – meist von Haushaltspolitikern – auch in den Medien verbreitet – was dann dazu führt, dass die sowieso schon bestehende Neiddebatte weiter angeheizt wird.

Es muss also endlich wirklich was passieren! Wertschätzung ist mehr als verbale Aklamation. Sicherheit darf keine Frage des Haushaltes sein. Die Arbeit der Polizeibeschäftigten im Vollzugs- Verwaltungs- und Tarifbereich muss in allen Ländern und im Bund gleich betrachtet werden. Die negativen Auswirkungen der Föderalismusreform von 2005 müssen wieder zurückgenommen werden. Der Wert der Arbeit im Bereich der Inneren Sicherheit muss von der Politik noch höher eingeschätzt werden.

Das Vertrauen der Gesellschaft in die Polizei ist sehr hoch, und die Menschen unterstützen unsere gewerkschaftlichen Forderungen nach einer gut ausgestatteten, besser bezahlten und bürgerorientierten Polizei. Dafür machen wir eine Wertschätzungskampagne: „100% Einsatz der Politik für 100% Einsatz der Polizei!“ ■

Dietmar Schilff

#1000 für

100% Einsatz

verdienen 100% Einsatz.

Ab dem 6. November 2020 in ganz Deutschland zu sehen.

Mehr Infos: 100fuer100.de

100



**Gewerkschaft
der Polizei**

Titel



POSITIONSPAPIER

Halt geben – Haltung stärken

Wie rechts ist die Polizei? Handelt es sich noch um Einzelfälle? Die öffentliche Debatte um rechtsextreme Vorfälle in der Polizei hält seit Längerem an. Ebenso die Diskussion über Studien oder die Frage, ob es überhaupt dazu Forschung geben sollte. Es wurde höchste Zeit für eine gemeinsame Position der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

**Der Bundesvorstand
der Gewerkschaft der Polizei**

Die Gewerkschaft der Polizei steht für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für eine offene und bürgernahe Polizei. Dieses bei der Gründung der GdP vor 70 Jahren manifestierte und über Jahrzehnte gewachsene Bild einer zivilen, die freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigende Polizei ist in jüngster Zeit durch das Agieren einiger Polizeibeschäftigter in Schiefelage geraten. Das schädigt den Ruf, das Ansehen und letzten Endes das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei.

Wenn es um rechte Hetze und mangelnde Distanz zu rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen geht, darf ausgerechnet die Polizei kein Spiegelbild von Strömungen innerhalb der Gesellschaft sein. Die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Vorfälle müssen mit aller Konsequenz aufgearbeitet und verfolgt werden.

Eine Stigmatisierung der gesamten Polizei und das Einordnen in die rechte Ecke

sind inakzeptabel und werden dem Thema in keiner Weise gerecht. Die GdP erachtet die Aufarbeitung dieser Vorgänge ausdrücklich als notwendig und berechtigt. Die GdP fordert die Politik dazu auf, sich darüber hinaus intensiver mit den Arbeitssituationen und dem Arbeitsumfeld in der Polizei zu befassen und wertschätzender mit den Beschäftigten in der Polizei umzugehen, die sich unter immer schwieriger werdenden Bedingungen – teilweise unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens – für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft einsetzen.

Jeder der bekanntgewordenen Vorfälle ist einer zu viel. Jeder Vorfall erregt die Öffentlichkeit, wird in den Medien ausführlich dargestellt, von politischen Kreisen intensiv thematisiert, aber auch von interessierter Seite dazu benutzt, die Polizei in ihrer Gesamtheit zu verunglimpfen. Dazu gehört auch die durch Medien und gesellschaftli-

che, politische Gruppen hergestellte Analogie zu dem Vorfall George Floyd und der Polizei in den USA.

Auch wenn es sich bei den rechtsextremen Umtrieben nur um Wenige handelt, verursachen diese Wenigen einen erheblichen Schaden für die Institution „Polizei“ und erschüttern das extrem hohe Vertrauen der Menschen in ihre Polizei. Sie schaden jedem/ jeder einzelnen Beschäftigten und erschweren das polizeiliche Einschreiten. Folgen, wie zum Beispiel der Verzicht auf Personenkontrollen bei vermeintlich eindeutigem Migrationshintergrund – um dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit zu entgehen, Spontankritik an polizeilichen Einsätzen durch Umstehende oder Filmaufnahmen davon zu machen bis hin zu körperlichen Angriffen auf Einsatzkräfte, führen einerseits zu einem Vertrauens- und Ansehensverlust der Polizei, andererseits aber auch zu einer Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen und



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundesvorstand

das mittlerweile auch in ländlich geprägten Regionen und Dienststellen, in denen man Angriffe auf die Polizei bisher nicht kannte. Dies ist absolut inakzeptabel und erfordert eindeutige Maßnahmen.

Die GdP folgt einem ethischen Wertekompass. Sie fordert alle Polizeibeschäftigten dazu auf, eindeutig Haltung zu zeigen und gegen rechtsextreme Ansichten klar Stellung zu beziehen. Das Eintreten gegen Rassismus, Hass und Gewalt gehört zur Grundeinstellung eines/einer jeden Polizeibeschäftigten und muss, egal wie schwer die Aufgabenwahrnehmung ist, immer und immer wieder deutlich werden. Notwendig ist es, diese Haltung über ein gesamtes Dienstleben hinweg, von der Einstellung, über die Vereidigung, die Versetzung in den Dienst bis hin zum Eintritt in den Ruhestand und darüber hinaus, selbstbewusst zu vertreten.

Das muss das Ergebnis der individuellen Resilienz der Kolleginnen und Kollegen sein. Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen müssen die Dienstherren – müssen die Arbeitgeber – schaffen.

Die GdP ist nach wie vor zutiefst davon überzeugt, dass es keinen latenten, strukturellen oder institutionellen Rassismus in der Polizei gibt und vertritt dies auch weiterhin in der Öffentlichkeit. Die Polizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mitverantwortlich und ihr ist als staatliche Institution das staatliche Gewaltmonopol anvertraut. Damit muss verantwortlich und verhältnismäßig umgegangen werden.

Soziale und innere Sicherheit bedingen einander und sind untrennbar miteinander verbunden.

Dabei ist wesentlich, dass der Staat respektvoll mit den Bürgerinnen und Bürgern

umgeht. Umgekehrt können die „Repräsentanten des Staates“ verlangen, dass mit ihnen ebenso respektvoll umgegangen wird.

Die GdP begreift Bildung in der Polizei als eigenständigen Wert. Bildung in allen Facetten ist ein wesentlicher Erfolgsgarant für eine rechtsstaatliche und demokratische, werteorientierte Polizei. Die Polizei hat sehr gute und umfassend aus- und fortgebildete Kolleginnen und Kollegen. Die Polizei führt beispielsweise interkulturellen Unterricht durch zu den Themen Antirassismus, Antidiskriminierung, Antisemitismus, Extremismus et cetera.

Darüber hinaus arbeiten zunehmend Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizei. Die aktuellen Vorkommnisse zeigen jedoch, dass die dienstlichen Abläufe fortlaufend überprüft und angeglichen werden müssen. Im polizeilichen Alltag können sich

ANZEIGE

Unsere kostenlose GdP-VISA-Card mit DKB-Cash!



In Kooperation mit der **DKB** Deutsche Kreditbank AG können unsere Kolleginnen und Kollegen mit der GdP-Kreditkarte u. a. folgende **Vorteile** nutzen:

- kostenloses Girokonto
- kostenlose GdP-VISA-Card plus Partnerkarte
- Online-Kontowechsel mit kostenloser Benachrichtigung Ihrer Vertragspartner

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte

Haben Sie Fragen?

Wir helfen gerne weiter Tel.: 0211 7104-202 bzw. 201

Einstellungen verändern. Bei wenigen Beschäftigten ist offenbar das innere Wertebild ins Wanken geraten und macht sie für fragwürdige Botschaften empfänglich.

Warum sind manche Polizisten/-innen nicht widerstandsfähig gegenüber radikalen Thesen? Ist es Arbeitsüberlastung, sind es die Arbeitsbedingungen, die zunehmende Arbeitsverdichtung, Zustände auf den Dienststellen oder auch das tägliche Erleben, dass der Rechtsstaat in manchen Bereichen in ihren Augen nicht mehr zu funktionieren scheint? Fühlen sie sich allein gelassen in der täglichen Arbeit der Kriminalitätsbekämpfung? Sind sie desillusioniert?

Welchen Einfluss hat der Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft, der sich auf vielfältige Weise zeigt, auf Polizistinnen und Polizisten? Wie wirkt sich das Agieren rechtspopulistischer und – radikaler Organisationen und Parteien, die auch in den Parlamenten sitzen, auf die Stimmung in der Polizei aus?

Das sind Fragen, die sehr wohl gründlich untersucht und beantwortet werden müssen.

In dieser polarisierten gesellschaftlichen Situation müssen hochbelastete Polizeibeamte/-innen rechtssicher und rechtsstaatlich agieren können.

Neben der Überprüfung

- **von polizeilicher Aus- und Fortbildung,**
- **den Arbeitssituationen in der Polizei,**
- **der intensiveren Befassung mit dem „Gefühl“ der Polizeibeschäftigten,**
- **der sofortigen Umsetzung vorhandener Handlungskataloge mit entsprechenden Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit,**
- **der Intensivierung von Supervisionmöglichkeiten und**
- **der Unterstützung und des „Haltgebens“ durch die Vorgesetzten (Anker-Strategie)**

ist für die GdP maßgeblich, dass eine intensive Auseinandersetzung mit der Belastung des Polizeiberufes im Zentrum einer solchen Untersuchung steht.

Die GdP befürchtet, dass Stress, Überlastung und Frust bei den Kolleginnen und Kollegen als die Faktoren zu einer Steigerung der in Rede stehenden Auswüchse der Wenigen führen können und dass die Kolleginnen und Kollegen sich mit ihren Alltagserfahrungen im Dienst oft allein gelassen fühlen. Die GdP fordert eine Datenerhebung, die die Thesen nach Überlastung, personeller Unterbesetzung, in Teilen schlechter und unzureichender Arbeitsbedingungen etc. überprüft, gleichzeitig im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs hilft und ergebnisoffene Schlussfolgerungen zulässt.

Wir stellen uns schützend vor die Kollegen/-innen, die in besonders belastenden Bereichen arbeiten. Ihnen müssen Hilfen angeboten werden, damit sie mit dem „spezifischen Frust“ und ihren Vergeblichkeits Erfahrungen angemessen umgehen können. Die Kolleginnen und Kollegen vor all diesen aktuellen Vorwürfen zu schützen, gleichzeitig aber auch Arbeitsbedingungen zu fordern, die Stress, Überlastung und Frust erst gar nicht aufkommen lassen bzw. nicht befördern, sehen wir als unsere Aufgabe an.

Für die GdP steht aber auch fest: Egal, welchen Belastungen die Polizei ausgesetzt ist, sie rechtfertigen niemals rechtsextreme oder rechtsradikale Äußerungen oder Verhaltensweisen.

Wir fordern eine Forschungsleistung ein, die nicht bereits im Titel ein Problem unterstellt, sondern Daten und Fakten generiert, um ein Problem erst einmal zu identifizieren, zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir fordern vielmehr ein Forschungsvorhaben mit positiven Fragestellungen. Die GdP ist sicher, dass das in die Polizei gesteckte Vertrauen gerechtfertigt ist und dass wir mit Leidenschaft den demokratischen Rechtsstaat gewährleisten. Dazu gehört auch eine Analyse der Belastungen der alltäglichen polizeilichen Arbeit in allen Bereichen.

Die GdP besteht auf Erhebungen und Bewertungen zu Belastungsfaktoren des alltäglichen Dienstes, ihren Auswirkungen auf Frustration und Zufriedenheit und auf die alltägliche Arbeit im Umgang mit Bürger/innen und Mitarbeitenden. Ferner soll es auch um die Identifizierung von Faktoren gehen,

die eine rechtsstaatliche Fehlerkultur fördern, sowie den Verdacht falsch verstandenen „Wir-Gefühls“ oder rechtswidriges Polizeihandelns verhindern.

Mit uns wird es eine konstruktive Auseinandersetzung in der Sache geben, in der wir fordern, dass auch die Expertinnen und Experten aus der Polizei selbst zu Wort kommen! Es geht um Wertschätzung und Anerkennung in alle Richtungen und dazu gehört, auch alle Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Die daraus resultierenden Reformüberlegungen müssen ergebnisoffen herausgearbeitet und konsequent umgesetzt werden

Überlastung, Stress und Frust wirken sich negativ auf die Arbeitszufriedenheit und den Umgang mit Menschen aus. Stress- und Stressfaktoren haben sich mit den Jahren verändert. Es sind Überlastungsmomente entstanden, Frust hat sich angestaut, die Polizei und die Gesellschaft befinden sich in einem demografischen Wandel, die Gesellschaft hat sich verändert, Arbeitszeitmodelle haben sich verändert, die Vereinbarkeit von Leben und Beruf ist mehr in den Vordergrund gerückt, Kriminalitätsphänomene haben sich verändert und viele andere Dinge mehr.

Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich mittlerweile allein gelassen – von ihren Vorgesetzten, Dienstherren und der Politik. Allein gelassen mit ihren Erlebnissen im Alltag, im Umgang mit Gewalttätern, Rechtsbrechern im System zwischen dem Einschreiten, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und dem fehlenden politischen Rückhalt. Hinzu kommen die Bedingungen am Arbeitsplatz, die personelle Lage auf der Dienststelle.

Wir brauchen eine Antwort auf die Frage, warum reagieren einige Polizeibeschäftigte auf Belastungen im Alltag anders als die Mehrheit der Polizeibeschäftigten? Welche Umstände verändern das Verhalten? *Aus diesen Gründen fordert die GdP ein umfassendes interdisziplinäres Forschungsvorhaben, in dem*

- **Frustrationstrends und Zufriedenheitswerte erhoben werden und bewertet wird, wie sich diese auf die alltägliche Arbeit im Innen- und Außenverhältnis auswirken,**



- insbesondere psychische Belastungsfaktoren des alltäglichen Dienstes umfassend identifiziert und beschrieben werden,
- Auswirkungen dieser Belastungen auf Frustration und Zufriedenheit erhoben und bewertet werden,
- Faktoren identifiziert werden, die eine rechtsstaatliche Fehlerkultur fördern, sowie falsch verstandenes „Wir-Gefühl“ und rechtswidriges Polizeihandeln verhindern,
- die daraus resultierenden nötigen Reformüberlegungen

ergebnisoffen herausgearbeitet und umgesetzt werden,

- die Forschung auch die Umsetzung der Erkenntnisse begleitet.

Es bedarf einer Institutionalisierung dieser Forschung an allen polizeilichen Aus- und Fortbildungseinrichtungen. Die GdP selbst wird eine Expertengruppe einsetzen, die jetzt die nötigen Sofortmaßnahmen wie auch notwendige begleitende und unterstützende Maßnahmen erarbeitet.

Die GdP fordert, dass umgehend eine Kommission aus Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, aus Gewerkschaften und Personalvertretungen, Communities mit Migrationsgeschichte/-hintergrund, aus der polizeilichen Praxis und der

Aus- und Fortbildung eingerichtet wird. Ziel dieser Kommission muss es sein, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei genauer zu analysieren, die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit einzubeziehen, das Thema Gewalt gegen die Polizei zu thematisieren und daraus resultierende Schlussfolgerungen zu ziehen

Die gegenwärtige Diskussion um rassistische Auswüchse Weniger innerhalb der Polizei kann nur vor dem Hintergrund geführt werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei trotz der seit Jahren bekannten widrigen Umstände des Arbeitsalltags ihren Dienst seriös, kompetent, vorurteilsfrei, bürgerorientiert und rechtsstaatlich verrichten können. Sie haben endlich größere gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit verdient.“ ■

ANZEIGE

Terrado[®]

Terrado Networks GmbH
Am Schomacker 8
46485 Wesel
info@terrado-networks.de

Fortschritt in Höchstgeschwindigkeit

In Zeiten des High-Speed-Internets und großen zu übertragenden Datenmengen reichen herkömmliche Kupferkabel oft nicht mehr aus. Um hier innovativ Abhilfe zu schaffen, sind mittlerweile Glasfaserkabel flächendeckend im Einsatz. Wir realisieren diese Leitungssysteme sicher und zuverlässig.

Hingeschaut



Die Tür der Synagoge in Halle hielt den Kugeln des Attentäters stand und rettete vielen Menschen das Leben.

Rechter Terror hat sich womöglich zur größten Gefahr westlicher Gesellschaften entwickelt. Das legt der „Global Terrorism Index 2019“ nahe. 2018 machten rechtsterroristische Attacken 17,2 Prozent aller terroristischen Vorfälle aus – islamistische Angriffe 6,28 Prozent. Rechte Täter handeln zudem immer öfter auf eigene Faust.

Dr. Florian Hartleb



Sicherheitsbehörden bestätigen diese Einschätzung. Rechter Terror gilt mittlerweile als zentrale Herausforderung, mehr noch als der islamistische Fundamentalismus. Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprechen neben den Sicherheitsbehörden davon, die Gefahr zu lange unterschätzt zu haben. Nun wurde einiges von staatlicher Seite unternommen. Zum einen das Verbot von Combat 18, Gruppe Deutschland – eine gewaltbereite, rechtsextreme Organisation – im Januar 2020. Auch

einen Reichsbürgerverein traf der Bann. Die „Identitäre Bewegung“ wird als rechtsextrem eingestuft, ebenso der „Flügel“, ein wichtiger Teil innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) um den Thüringer Politiker Björn Höcke. Land auf, Land ab fordern viele ein Verbot der Reichskriegsflagge.

Terror in Halle

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 9. Oktober 2019, erschütterte der Anschlag in Hal-

„Ein Großteil der „einsamen Wölfe“ zeigt exzessives Gaming-Verhalten in brutalen Spielen. Gewaltverherrlichende Steam-Gruppen werden nicht moderiert.

le Deutschland und die Welt. Ein 27-jähriger Studienabbrecher aus Sachsen-Anhalt unternahm am helllichten Tage einen Anschlagversuch auf eine jüdische Synagoge. Als er sich keinen Zugang verschaffen konnte, ermordete er zwei Menschen. Er drang in einen nahe gelegenen Dönerladen ein und floh anschließend. Die Hetzjagd filmte er via Helmkamera, lud das Video in einschlägige Foren hoch. Ganze Schulklassen bekamen das Morden im Livestream auf ihre Mobilgeräte zugespielt. Nur weil der Täter an der Umsetzung scheiterte, fielen dem Terroranschlag nicht mehr Menschen zum Opfer. In der Synagoge befanden sich am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur Dutzende Menschen. In Halle ist der Alltag wieder eingekehrt: Die beschädigte Holztür der Synagoge wurde mittlerweile ausgetauscht. Der Dönerladen ist wieder in Betrieb. Ein Jahr nach der Tat fanden Gedenkfeiern statt.

Der Hass und das Ich

Der Täter hasste Juden, Muslime und Frauen und sah sich als Teil einer Spielwelt. Er sprach etwa von Fans. Der Täter wollte zwei Ebenen ansprechen: eine Weltöffentlichkeit, weshalb er auf Englisch sprach sowie seine Online-Subkultur, in der er fest verhaftet war. Der Einzeltäter stellt naturgemäß das eigene „Ich“ in den Vordergrund, gibt aber vor, bei einer breiteren Öffentlichkeit Gehör zu finden, sowie Angst und Schrecken zu verbreiten. Ein Einzeltäter in der Tatausführung, aber kein Einzelfall.

Der Prozess gegen ihn zeigt ein eiskaltes Vorgehen aus weltanschaulichen Gründen. Er zeigt aber auch, dass man sich schwertut, in die virtuellen Parallelwelten einzutauchen. Der Täter hat sich etwa über die von Millionen genutzte Spieleplattform „Steam“ radikalisiert. Er nutzte kein Smartphone, da er meinte, abgehört zu werden und alles nachverfolgbar sei. So isoliert er im sozialen Leben war (der Täter hatte keine Freunde, nie eine Beziehung und ging nach einem Studienabbruch kaum mehr vor die Tür), zeigt sich doch, wie anschlussfähig solche Ideen des Hasses offenbar sind. In einer Beschuldigtenvernehmung sagte er: „Die Flüchtlingskrise war für mich eine Zäsur. Man hat den Flüchtlingen angesehen, dass sie aggressiv sind. Und es ist ja nicht so, dass Muslime das erste Mal nach Europa kommen

STAATSRECHT

für Polizeibeamte

Von **Frank Braun**.



1. Auflage 2019

Umfang: 224 Seiten

Format: Broschur, 13 x 19 cm

Preis: 18,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0861-8

Dieses Lehrbuch behandelt die wesentlichen Gesichtspunkte des Staatsrechts für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ und stellt diese in kompakter Form vor. Es erleichtert Studierenden die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtseinheiten und stellt vor allem eine effektive Hilfe für die Klausurvorbereitung dar. Die inhaltliche Zusammenstellung und der Aufbau des Werkes orientieren sich dabei am Curriculum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

Im ersten Teil des Werkes stellt der Autor die Verfassungsgrundsätze und allgemeinen Grundrechtslehren sowie die Grundrechtsprüfung vor. Im zweiten Teil veranschaulichen zahlreiche Fallbeispiele, verbunden mit hilfreichen Tipps für die Klausurbearbeitung, den prüfungsrelevanten Lernstoff. Der Autor greift dazu auf die Auswertung von nahezu 100 Staatsrechtsklausuren zurück. Die Darstellung erfolgt in der für die praktische Fallbearbeitung maßgeblichen Prüfungsreihenfolge. Prüfungsschemata und Übersichten zu den wichtigsten grundrechtsrelevanten polizeilichen Standardmaßnahmen runden das Werk ab und erleichtern das effektive Wiederholen vor Klausuren.



DER AUTOR

Prof. Dr. Frank Braun, lehrt Staats- und Verwaltungsrecht an der FHöV NRW, Studienort Hagen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Florian Hartleb: Einsame Wölfe – Der neue Terrorismus rechter Einzeltäter

Hoffmann & Campe, Hamburg

285 Seiten, 22 Euro,
ISBN 978-3-455-01035-0



Ein Jahr nach den Attentaten im sachsen-anhaltischen Halle: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gedachte den beiden Opfern des Täters.

und es erobern wollen.“ Und weiter: „Ich lebe im hinterletzten Viertel Deutschlands, dem zweitärmsten Landkreis, und selbst dort sind die Muslime schon angekommen. Ich will nicht, dass man mir diesen Multikulturalismus aufzwingt, auch wenn den vielleicht 99 Prozent der Menschen wollen. Ich habe mich schon ziemlich in mein Zimmer zurückgezogen.“

Kaum Kontrolle

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sollte bei den Ermittlungen zum Hallenser Attentat helfen. Der Polizei wurde mitgeteilt, leider nur eingeschränkter Zugang zur öffentlichen Software „Steamid.uk“ zu haben. Journalisten haben mit dieser Software weitere Steam-Freunde des Hallenser Attentäters gefunden, wie in einem im August in der ARD ausgestrahlten Film deutlich wurde. Diese Personen tauchten nicht in den Gerichts-Akten auf. Mehr noch: Beim Verhör des Attentäters wurde er trotz seines exzessiven Gaming-Verhaltens auf Steam nicht über seine Steam-Kontakte befragt.

Ein Großteil der „einsamen Wölfe“ zeigt exzessives Gaming-Verhalten in brutalen Spielen. Gewaltverherrlichende Steam-Gruppen werden nicht moderiert. Das Profil des Attentäters Brenton Tarrant, der im März 2019 im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen tötete und viele weitere teils schwer verletzte, ist bis heute auf der Plattform aktiv und wird von Unterstützern mit Belohnungen und kostenpflichtigen Upgrades aufgewertet: eine weitere di-

gitale Ruhmeshalle. Steam muss, anders als sonstige Kommunikationsanbieter, seine Inhalte nicht kontrollieren. Die populäre Plattform speichert diese kaum zur Aufklärung von Straftaten. Die virtuellen Räume gelten als zentraler Radikalisierungsort, um gezielte Tötungen vorzubereiten. Es ist nur schwer einschätzbar, ob man dort auch die inhaltlich wie technisch richtigen Experten sitzen hat. In der Polizeiausbildung wird das Thema nur gestreift. IT-Spezialisten und Datenauswerter sind rar gesät und werden händelringend gesucht. Fragen über Fragen stellen sich bei der Auslotung von Freiheit und Sicherheit. Hinzu kommt: Auch mit mehr Personal hätte man die Tat von Halle und Hanau nicht verhindern können, da der Täter ein unbeschriebenes Blatt für die Sicherheitsbehörden war.

Memefabriken

Auf Portalen wie Steam, aber auch „4chan“ und „8chan“ werden Rechtsterroristen wie der Norweger Anders Breivik oder Tarrant gefeiert und Highscores mit Todesopfern erstellt. Angestachelt wird auch zu realen Taten. Die Essenz dieser Troll-Foren ist eine Mischung aus offensivem Humor, Grenzüberschreitung und oft auch Menschenfeindlichkeit. Sie haben ganz eigene Codes und Praktiken herausgebildet. Diese Plattformen können als „Memefabriken“ gelten, die nur auf den ersten Blick als unbedenklich erscheinen und als Gag gelten können. Memes sind an sich Ideen, die sich analog zu Viren selbst verbreiten. Sie stiften nicht

nur Identifikation, sondern auch Provokation wie Propaganda. Im Prozess von Halle weist das Bundeskriminalamt (BKA) darauf hin, dass die im digitalen Raum aktive Szene diese Plattform vor allem zur Verbreitung der eigenen politischen Botschaft sowie zur Diffamierung der ideologischen Feindbilder via Satire oder Humor nutzt.

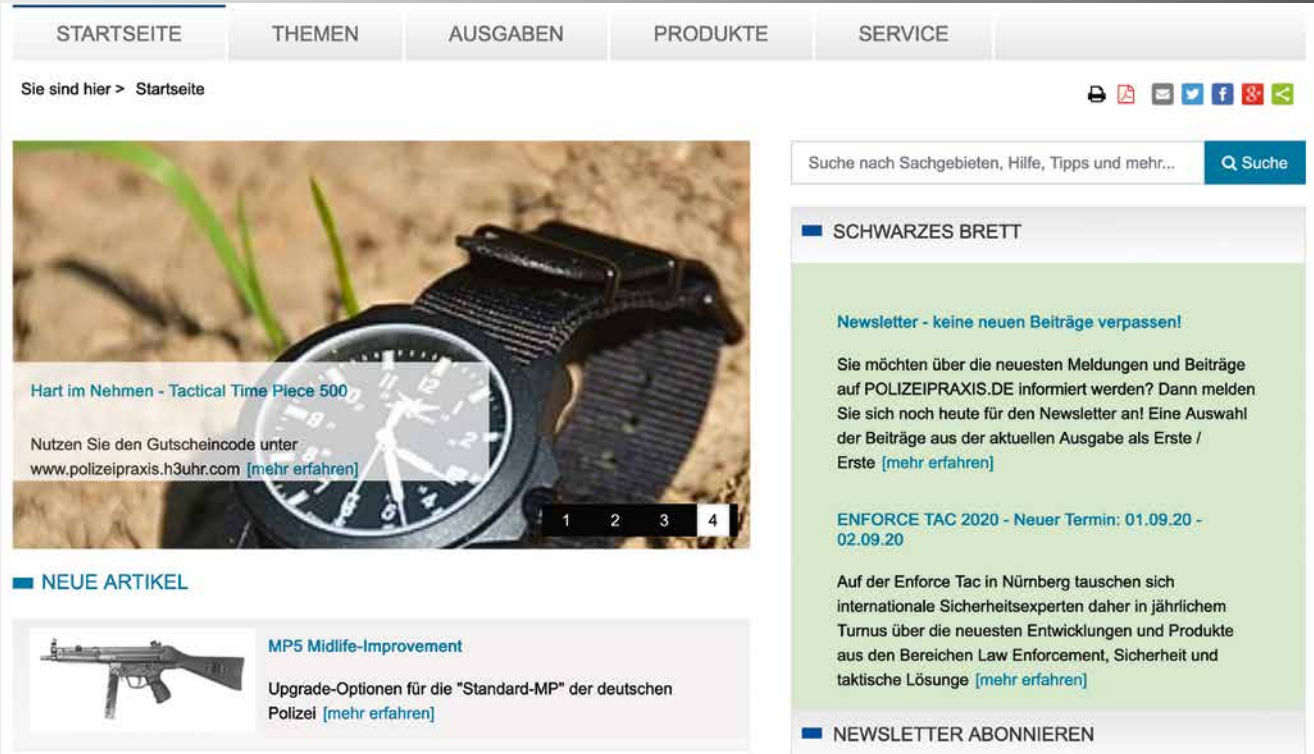
Verschwörungstheorien

Dass der Glaube an die jüdische Weltverschwörung längst wieder in der Gesellschaft angekommen ist, zeigen Verschwörungstheorien, die im Zuge der Covid-19-Pandemie kursieren, aber auch Verbalradikalisieren. Der US-amerikanische Softwaremiliardär Bill Gates wird etwa als Schuldiger ausgemacht oder auch George Soros, ein Finanzinvestor ungarischer Herkunft. Soros stammt aus einer jüdischen Familie. Es schlägt die Stunde von Akteuren, die in Parallelwelten „trommeln“ und von einer „Coronadiktatur“ reden. Führende Experten wie Kommunikationsprofessor Gabriel Weimann von der Universität in Haifa, die den Zusammenhang zwischen Online-Plattformen und terroristischen Anschlägen durch Einzeltäter sehen, befürchten schon jetzt, einen Anschlag für weitere Attacken. Auf diesen Plattformen kommt etwa der alte antisemitische Topos zum Tragen, demzufolge eine jüdische Elite insgeheim die globale Macht innehat.

Konstruierte Vermeintlichkeiten

Welche Verbindungen mögen vorliegen zwischen Investor Soros und dem Forschungslabor im chinesischen Wuhan? Ein seltsame Frage, oder? Nicht auf den zweiten Blick. Von der britischen Nichtregierungsorganisation Community Security Trust wurde nachgewiesen, dass in den vergangenen Wochen antichinesischer Rassismus und Antisemitismus oftmals miteinander verzahnt auftraten. Die vermeintliche Existenz des „Deep State“, eines Staates im Staate, verbreitet von der mittlerweile weltweit agierenden Bewegung QAnon, ein Sammelbecken für diverse Verschwörungsfantasten, hat Konjunktur und in Deutschland, nach den USA, den meisten Zulauf. ■

POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Hingeschaut

Nach Angaben des aktuellen Verfassungsschutzberichts stieg 2019 die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund um 17,1 Prozent auf insgesamt 1.844.

ANTISEMITISMUS

An allem schuld

Antisemitisches Gedankengut hat hierzulande vielfältige Verbreitungswege. Im Internet wird es mittlerweile in Bevölkerungsgruppen transportiert, die bislang nicht für klassisch antisemitische Propaganda, zum Beispiel in gedruckter Form, erreichbar waren. Die deutschen Sicherheitsbehörden stellt das vor enorme Herausforderungen.

Prof. Dr. Stefan Goertz

Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei



Foto: M. Frauerkon

Noch immer wird Antisemitismus in Deutschland vor allem von deutschen Rechtsextremisten verbreitet – jedoch auch von Islamisten und, anders begründet, von Linksextremisten. Aktuelle Beispiele haben einen Bezug zur Corona-Pandemie. Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) ist unter Antisemitismus die antizionistische, religiös, sozial, politisch oder rassistisch motivierte Feindschaft gegen Juden zu verstehen. Dabei ist es unerheblich, ob sich diese Gemeinschaft im Verband des Staates Israel organisiert oder außerhalb. Hinzu kommt ein sekundärer Antisemitismus, der sich darin äußert, den Holocaust zu relativieren oder gar zu leugnen, der einen Schlussstrich unter der Vergangenheit fordert oder Opfer und Tätern rhetorisch umkehrt.

Infizierte Propaganda

Im Frühjahr stand im Stadtzentrum Bamberg auf einem Schild: „Coronavirus heißt Judenkapitalismus“. Rechtsextremisten und Islamisten nutzen die Corona-Krise, um antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten. Auf Websites taucht die Karikatur eines Juden in einem trojanischen

Pferd auf, der die Krankheit in eine Stadt einschleust. Zu finden sind Behauptungen, dass das Virus von „den Zionisten“ in israelischen Laboren hergestellt worden sei. In den sozialen Netzwerken wird dazu aufgefordert, Juden mit dem Virus anzustecken, indem Infizierte sie umarmen oder anhalten sollen. Der BfV-Präsident Thomas Haldenwang stellt fest: „Wir beobachten, dass es Versuche gibt, die Pandemie propagandistisch auszunutzen, insbesondere mit Hilfe der Verbreitung von Verschwörungstheorien und Desinformation“. Im neonazistischen Bereich sei die überwiegende Mehrheit der Meinung, hinter der Corona-Krise stecke „der Jude“, erklärt der bayerische Verfassungsschutz. Es werde verbreitet, Juden profitierten durch die von der Pandemie ausgelöste Finanzkrise als Geldverleiher. Die bayerischen Verfassungsschützer verweisen auf einen Online-Beitrag der rechtsextremistischen Partei „Der dritte Weg“. Deutsche Rechtsextremisten gehen nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden davon aus, dass „jüdische Eliten die Corona-Pandemie bewusst hervorgerufen haben“. Die frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, erklärte: „Krisenzeiten waren schon immer Hochzeiten des Judenhasses“.

Wie ticken „Querdenker“?

Michael Blume ist Antisemitismusbeauftragter der baden-württembergischen Landesregierung. Er warnt vor einer Gruppierung in der corona-kritischen „Querdenker“-Bewegung, deren Antisemitismus auch zu Gewaltbereitschaft gegen Juden führen könne. Blume zufolge sind bei einigen „Querdenkern“ antisemitische Verschwörungstheorien stark verbreitet. So stecke „hinter dem Coronavirus Microsoftgründer Bill Gates, der von den Rothschilds, einer jüdischen Bankiersfamilie, finanziert werde. Gates und Soros, ein aus Ungarn stammender Finanzinvestor, würden zudem von „Querdenkern“ nicht zufällig zu Sündenböcken für die Pandemie gemacht. In autoritären und verschwörungsideologischen Kreisen sind sie seit langem beliebte Feindbilder. Soros, ein Holocaustüberlebender war unter anderem vom ungarischen Premierminister Viktor Orbán beschuldigt worden, durch seine Stiftung die Migrationsbewegung im Jahr 2015 angetrieben zu haben – angeblich, um die europäische Zivilisation zu zerstören. Der „Querdenken-711“-Gründer Michael Ballweg hatte zu seiner ersten großen Demonstration den bekannten Antisemiten und Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen eingeladen. Wohl eher kein Zufall. Eine „Querfront“ unterschiedlicher Teilnehmer werde, so Blume, durch ein gemeinsames Feindbild zusammengehalten.

Zentrales Ideologieelement

Antisemitismus ist ein zentrales Ideologieelement des deutschen Rechtsextremismus. Diese extremistische Haltung baut vor allem auf dem rassistischen Weltbild des Nationalsozialismus auf, der das Judentum als „nicht-deutsche, fremde Rasse“ definierte und diesen „Feind der eigenen Rasse“ „ausmerzen“ wollte. Nicht zuletzt aufgrund strafrechtlicher Konsequenzen meiden viele Rechtsextremisten mittlerweile in ihrer Propaganda offenen, rassistisch motivierten Antisemitismus. Sie weichen auf einen angedeuteten Antisemitismus aus, insbesondere durch die Behauptung eines übermäßigen politischen Einflusses von Juden. Rechtsextreme Gruppierungen nutzen die im politischen und gesellschaftlichen Alltag geäußerte Kritik an der Politik Israels, um die Existenzberechti-

„Ähnlich wie im Rechtsextremismus werden Juden von Islamisten als „Drahtzieher“ einer weltweiten politischen Verschwörung gesehen und kollektiv für verschiedene nationale und internationale Übel und Missstände verantwortlich gemacht.



Foto: Wolfgang Kumm/epa
Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in einer Berliner Synagoge bei der Vorstellung des Kompetenznetzwerks Antisemitismus.

gung des Staates in Frage zu stellen. Die pauschale Ablehnung Israels basiert auf der prinzipiellen Ablehnung des Judentums. Gleichsetzungen der israelischen Politik mit dem Holocaust des Dritten Reiches sind ebenfalls gängige Muster eines antizionistischen Antisemitismus. Sekundär werfen Antisemiten Juden vor, sie benutzten die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust als Mittel einer finanziellen wie politischen Erpressung. Antisemitischen Verschwörungstheorien zufolge werde Deutschland im Rahmen einer planvollen Konspiration instrumentalisiert, um den „jüdischen Einfluss“ zu vergrößern oder das Ziel der „jüdischen Weltherrschaft“ zu erreichen, sagt das BfV. Häufig werde ein „jüdischer Einfluss“ auf politische Entscheidungen der Regierungsverantwortlichen behauptet.

Fest verankert

Antisemitismus spielt auch im rechtsextremistischen Parteienspektrum hierzulande eine wichtige Rolle. Vertreter der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) verbreiten regelmäßig Verschwörungstheorien im Sinne eines politischen und antizionistischen Antisemitismus:

„Ohne sich auf ein plumpes Juden-Bashing herablassen zu wollen, zeigen wir Gesicht gegen das Treiben von Menschen wie George Soros, welche die Geschicke lenken, die verlogenen Medien unter ihrer Kontrolle haben und die Überfremdung Europas gezielt mit ihrem Finanzkapital fördern. (...)“

Wir sind der Meinung: Es reicht nicht, immer nur gegen den Islam, die Lügenpresse, oder die Marionetten im Kanzleramt zu schimpfen. Man muss auch die, die diese Marionetten steuern, mit offenem Visier bekämpfen und die Menschen über diese böartigen Eliten aufklären“, ist nach BfV-Angaben auf einer Homepage des NPD-Kreisverbandes Nürnberg veröffentlicht worden. Auch in der rechtsextremistischen Partei „Der III. Weg“ ist antisemitisches Denken fest verankert. Seit Jahren titulierte diese Gruppierung Israel auf ihrer Homepage als „Terrorstaat“ und ruft unter der Überschrift „Israel-Boykott: Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann“ offen zum Boykott von Produkten aus Israel, dem „zionistischen Geschwür im Nahen Osten“, dem „zionistischen Raubstaat“, auf.

Islamistischer Antisemitismus

Extrem stark ausgeprägt ist Antisemitismus im Islamismus. Dort verbinden sich religiöse, territoriale und/oder politische Motive zu einem antisemitischen Weltbild. Das „Feindbild Judentum“ bildet einen zentralen Pfeiler der Argumentationen aller islamistischen Gruppierungen. Dabei werden Stereotype und Vorurteile verwendet, die mit der jüdenfeindlichen Hetze in Europa vom Mittelalter bis zur nationalsozialistischen Rassenideologie im 20. Jahrhundert in Verbindung gebracht werden können.

Einen besonderen Stellenwert nimmt im islamistischen Antisemitismus nach Verfassungsschutz-Angaben die „jüdische Weltverschwörung“ ein. Ähnlich wie im Rechtsextremismus werden Juden als „Drahtzieher“ einer weltweiten politischen Verschwörung gesehen und kollektiv für verschiedene nationale und internationale Übel und Missstände verantwortlich gemacht. Judenkritische Stellen des Koran werden bis in die Gegenwart hinein immer wieder aus ihrem historischen Zusammenhang gelöst und wortwörtlich verstanden – eine Grundlage für einen Hunderte von Jahren alten Antisemitismus.

Belastetes Verhältnis

Im Jahr 1948 stellte die Gründung des Staates Israel und dessen militärischer Sieg über

die verbündeten arabischen Staaten Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Irak im Unabhängigkeitskrieg den Höhepunkt der Eskalation zwischen Arabern und Juden dar. So kam es im Verlauf des Krieges zu Flucht und Vertreibung von hunderttausenden muslimischen Palästinensern, wodurch das israelisch-palästinensische Verhältnis bis heute stark belastet wird. Darüber hinaus führte diese militärische Niederlage auch in den übrigen arabischen Staaten zu einer starken Ausweitung antisemitischer Einstellungen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Eine Erklärung der unerwarteten Niederlage fünf arabischer Staaten gegen das kleine und vermeintlich schwache Land Israel schien nur durch das Konstrukt einer „jüdischen Weltverschwörung“, wie sie in der antisemitischen Schmähchrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ dargestellt wird, möglich. Einer der Begründer des modernen islamistischen Antisemitismus ist der ägyptische Islamist Sayyid Qutb, der im Jahr 1950 das antisemitische Werk „Unser Kampf mit den Juden“ veröffentlichte.

Linksextremer Antisemitismus

Antisemitismus ist kein elementarer Bestandteil der linksextremistischen Ideologien. Einen rassistischen Linksextremismus gibt es nicht, auch keinen offenen, sich selbst so bezeichnenden Antisemitismus. Die im Linksextremismus auftretenden codierten Formen von Antisemitismus sind schwieriger zu entschlüsseln. Sie sind weniger deutlich und plakativ als rechter oder islamistischer Antisemitismus. Klare Kennzeichen sind das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung. Behauptet wird: Israel sei ein rassistischer Staat. Auch werden von Israel doppelte Standards gefordert, die von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und erfüllt werden.

Mit Aufrufen zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS), vor allem der israelischen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, soll Israel zu Konzessionen gegenüber den Palästinensern gezwungen werden, wobei der BDS-Forderungskatalog auf eine Abschaffung des jüdischen Staates zielt. Die Antisemitismusforschung ordnet die Ziele der BDS-Kampagne als antisemitisch ein, ebenso wie der Deutsche Bundestag, der im Mai 2019 Boykottaufrufe gegen Israel verurteilte. ■

Innenleben

BUNDESFACHAUSSCHUSS BEAMTEN-
UND BESOLDUNGSRECHT

Videokonferenz: Flexibles Arbeiten

Gudrun Hoffmann



Videokonferenz: BFA-BB-Vorsitzender Sven Hüber.

In einer Videokonferenz Anfang Oktober diskutierte der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) über die von Hagen Husgen, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, ins Leben gerufene, Fachausschüsse übergreifende Arbeitsgruppe „Flexibles Arbeiten“. Einigkeit herrschte, dass es parallel zur geplanten Gesetzesinitiative von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zum Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten diesen auch für Beamtinnen und Beamte geben müsse. Die konkrete gesetzliche Ausgestaltung, etwa über das Beamtenstatusgesetz oder Arbeitszeitverordnungen, sei noch zu klären. ■

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Innenleben

SÜDDEUTSCHES TREFFEN DER
LANDESSENIORENVORSTÄNDE

„Erneuern“ der GdP-Seniorenarbeit



Es hat eine langjährige Tradition, wenn Vertreter der süddeutschen GdP-Seniorenvorstände einmal im Jahr zu einer klausurähnlichen Arbeitstagung zusammenkommen. Die Treffen verstehen sich als Diskussionsgremium, das Probleme erörtert und diese im Idealfall mit Lösungsvorschlägen in den Bundesseniorenvorstand (BSV) einbringt. Diskutiert wurde Ende September und unter Corona-Bedingungen.

H. Werner Fischer

Ziel ist es vor allem, durch intensive Gespräche – losgelöst von einer strengen Tagesordnung – die Arbeit für die Senioren in der GdP und in den einzelnen Landesbezirken/Bezirken voranzubringen und zu verbessern. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen und das Bundeskriminalamt gehören zu diesem Kreis.

Dieses Jahr fand die Runde in Bad Schandau statt, in der landschaftlich reizvollen Gegend der Sächsischen Schweiz. Die Organisation durch den sächsischen Landes-seniorenvorsitzenden Claus Schneider war einschließlich eines kleinen Beiprogramms bestens vorbereitet, so dass alle Teilnehmende von einem gelungenen Treffen sprachen.

Auch im Ruhestand in der GdP

Schwerpunkt der Diskussionen waren die Überlegungen zu einer „Erneuerung“ der GdP-Seniorenarbeit. Der stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende (auch Vize-Vorsitzender der Seniorengruppe im Landesbezirk Hessen) Ewald Gerk trug die vom BSV angestoßenen Gedanken zu einer Neuorientierung der Seniorenarbeit vor. Man wolle eine „Vision“ einer zeitgemäßen und zukunftsfähigen Seniorenarbeit in der GdP verwirklichen. Dazu sollen Grundsätze erarbeitet werden, die „unser Selbstverständnis dokumentieren“. Gewollt ist dazu eine um-

fänglich angelegte Befragung der lebensälteren Mitglieder zu ihren Wünschen und Erwartungen. Es gehe schlicht und einfach darum, durch eine überzeugende Seniorenarbeit Mitglieder auch nach Eintritt in den Ruhestand in ihrer GdP zu halten.

Wichtige Altersgruppe

In der intensiven Erörterung waren sich alle Teilnehmenden einig, dass die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen vor dem Eintritt in den Ruhestand eine wichtige Zielgruppe bei der „Mitgliederbindung“ ist. Das wegen der Corona-Pandemie ins Stocken geratene Projekt des BSV müsse, sobald es die Umstände zuließen, in die Gänge kommen.

Einen stets besonderen Anteil in diesen Treffen hat der Gedankenaustausch über die Arbeit in den einzelnen Landesbezirken, wonach stets sinnvolle Anregungen für die eigene Arbeit mitgenommen werden können. Beachtenswert war die Tatsache, dass der GdP-Landesvorsitzende Hagen Husgen während nahezu der gesamten Tagung anwesend war. Er konnte dabei nicht nur über die aktuelle Situation der GdP und der Polizei in Sachsen berichten. Er nahm auch viele Problemlagen der Seniorenarbeit auf und wird sie hoffentlich in seine verantwortungsvolle Arbeit als Landesvorsitzender und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands einfließen lassen. ■

Blitzer-Alarm!

Erhöhtes Aufkommen digitaler Geschwindigkeitsübertretungen:

Das Apple iPhone 11 gibt es jetzt mit noch mehr Highspeed-Volumen im Tarif Business Mobil S bis L inklusive Telefonie- und SMS-Flat in alle deutschen Netze, mit EU-Roaming (inklusive Schweiz) sowie mit LTE Max und 5G. Ein exklusives Angebot für Sie und Ihre Familie.

Apple iPhone 11

in Schwarz oder Weiß mit 64 GB

im Tarif **Business Mobil L** mit Smartphone,
mit **36 GB** Highspeed-Volumen¹ einmalig nur **199,95 €**

im Tarif **Business Mobil M** mit Smartphone,
mit **18 GB** Highspeed-Volumen² einmalig nur **299,95 €**

im Tarif **Business Mobil S** mit Smartphone,
mit **9 GB** Highspeed-Volumen³ einmalig nur **399,95 €**



iPhone 11

INFORMIEREN LOHNT SICH!

- Ihre Vorteilsnummer: **MA023**
- Service-Hotline: **0800 3300 34531**
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- Online-Shop: www.telekom.de/ma023-mobilfunkangebote

Das Angebot ist gültig für Berechtigte im MA023. Das Apple iPhone 11 Angebot gilt für Neuverträge bzw. für Bestandskunden im aktuellen Tarif Business Mobil S, M und L mit Smartphone. Die Endgerätepreise enthalten 16 % MwSt. Das Angebot ist gültig bis zum 31.12.2020. Der Bereitstellungspreis von 29,95 € brutto entfällt. Mindestlaufzeit 24 Monate. Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit von bis zu 300 MBit/s im Download und 50 MBit/s im Upload ist u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaugebiet. 5G ist bereits an folgenden Standorten verfügbar: Berlin, Bonn, Darmstadt, Köln, München, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig. Informationen zum Netzausbau und zur jeweiligen örtlich verfügbaren Mobilfunk-Technologie erhalten Sie unter telekom.de/netzausbau. Die folgenden dargestellten Tarife enthalten noch 19 % MwSt. Vom 01.07. bis voraussichtlich 31.12.2020 wird bei der Abrechnung der Bruttopreise die geringere Mehrwertsteuer von 16 % berücksichtigt. Ihnen wird in diesem Zeitraum der niedrigere Bruttopreis in Rechnung gestellt. 1) Monatlicher Grundpreis 58,36 € brutto (mit Handy). Im Tarif sind u. a. 120 Inklusivminuten für Gespräche von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1) enthalten sowie 2 kostenfreie MultiSIM. 2) Monatlicher Grundpreis 50,36 € brutto (mit Handy). Im Tarif sind u. a. 60 Inklusivminuten für Gespräche von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1) enthalten sowie 2 kostenfreie MultiSIM. 3) Monatlicher Grundpreis 41,56 € brutto (mit Handy). Im Tarif sind 30 Inklusivminuten für Gespräche von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1) enthalten. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

In Kooperation mit



GdP-Plus Partner



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



Gesund durch den Job? Ja, bitte!

Seit 2018 stellt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (NRW) jährlich 500 Stellen für Tarifbeschäftigte in der Polizei zur Verfügung. Das bedeutet einen Zuwachs von mindestens 2.500 Stellen bis 2022.

Jutta Jakobs und Alexandra Engler

Im modernen Arbeitsleben legen Beschäftigte nicht nur Wert auf gerechte Bezahlung. Auch die Möglichkeiten einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege sowie Homeoffice-Optionen steigern die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitgebers Polizei. Zudem ist die Gesundheit eines der höchsten Güter, die es zu schützen gilt. Im September trafen das NRW-Innenministerium und der Polizeihauptpersonalrat eine Dienstvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement.

Gesundheit aktiv fördern

Diese Vereinbarung zielt auf eine „aktive Gesundheitsförderung, Erfüllung der gesetzlich geregelten Pflichten zur Gewährleistung von Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, die Eingliederung nach längerer Abwesenheit (BEM) und Maßnahmen zur psychosozialen Unterstützung als ganzheitlicher Prozess und wichtigen Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt“ ab. Ein Grundstein für die Verankerung der Gesunderhaltung im Arbeitsleben bei der Polizei NRW.

Arbeitszufriedenheit, Wertschätzung sowie die Verhinderung körperlicher und psychischer Beschwerden sind Ziele der Dienstvereinbarung. Sicherlich können sich Beschäftigte im eigenen Büro einen Wohlfühlrahmen schaffen. Nur stoßen wir bei infrastrukturellen Problemen mitunter an unsere Grenzen. Niemand sollte seinen Dienst in dort versehen müssen, wo Räume wegen Schimmel verschlossen werden müssen oder wo wegen fehlender Klimatisierung Temperaturen jenseits der 30-Grad-Marke erreicht werden. Weitere Komponenten, die selbstverständlich sein sollten, aber bei der Polizei lei-

der noch immer nicht allen Beschäftigten zur Verfügung stehen, sind elektrisch höhenverstellbare Schreibtische, Stehpulte sowie individuell ergonomisch angepasste Bürostühle.

In tarifliche Hände legen

Tarifbeschäftigte in der Polizei werden dringend benötigt, um an der Seite ihrer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten und Straftaten aufzuklären. Die NRW-GdP erkannte dies schon vor langer Zeit und plädiert dafür, hochspezialisierte Aufgabenbereiche auch in die Hände von tarifbeschäftigten Spezialisten zu legen – so bei der Sicherstellung kinderpornografischer Beweismittel, der Spurensuche im Darknet oder Aufdeckung verunkelter Finanzkanäle.

Im Konzept des Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei in NRW (BGMPol NRW) heißt es: „Soweit in der Polizeibehörde Aufgaben der psychosozialen Unterstützung wahrgenommen werden, sollen auch diese der Organisationseinheit BGMPol zugeordnet werden.“ Ein sehr guter Ansatz. Jedoch dürfen keine langen Wege entstehen, um bei Bedarf umgehend Unterstützung zu erhalten.

In der „BAO Berg“, die einen kinderpornografischen Ring aufgedeckt hat, wurde ein Einsatzabschnitt für eine psychosoziale Betreuung rund um die Uhr eingerichtet. Aber auch außerhalb davon muss die Begleitung der Kolleginnen und Kollegen gewährleistet werden.

Seit 1997 verpflichtet Paragraph 5 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) den Arbeitgeber, durch eine Beurteilung die für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefähr-

dungen und Belastungen zu ermitteln und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung deren Gesundheit einzuleiten. Diese Verpflichtung hat der Arbeitgeber erkannt und in die Dienstvereinbarung zum BGMPol NRW einfließen lassen: „Diese Vereinbarung gilt ausnahmslos für alle Beschäftigten der Polizei NRW. Sie umfasst alle Maßnahmen, die dem Erhalt und der Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz dienen und damit auch bis in das Privatleben hinein positiv wirken.“

Die NRW-GdP wird durch ihre Interessenvertreter in den örtlichen Personalräten weiter darauf drängen, dass die noch fehlenden Gefährdungsbeurteilungen durch die Behörde erstellt werden und die sich daraus ergebenden möglichen Maßnahmen auch konsequent umgesetzt werden.

Mehr psychisch Erkrankte

Ein wesentlicher Punkt, der im Rahmen von BGM betrachtet werden muss, betrifft gesundheitliche Präventionsmaßnahmen für die Tarifbeschäftigten – insbesondere für diejenigen, die in besonders belastenden Bereichen eingesetzt werden. Nach einem möglicherweise länger währenden Ausfall erfolgt nach sechs Wochen Arbeitsunfähigkeit das Krankengeld mit einer Bezuschussung durch den Arbeitgeber längstens bis zum Ende der 39. Woche bei einer Beschäftigungszeit von mehr als drei Jahren. Und dann?

Eine Statistik des Wissenschaftlichen Instituts der AOK belegt im Fehlzeitenreport 2019 einen erheblichen Anstieg von Krankheitstagen aufgrund psychischer Erkrankungen. Der DAK-Gesundheit zufolge sind die Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen gerade in der öffentlichen Verwaltung enorm hoch.

Für den Wach- und Wechseldienst werden Sportkuren angeboten. Wie wäre es mit einem passgenauen Angebot für Beschäftigte mit besonderen psychischen Belastungen? So könnte Vorsorge getroffen werden, bevor der „Ernstfall“ eintritt und die Tarifbeschäftigten den langen Weg über die Krankenkasse oder den Rentenversicherungsträger antreten müssen.

„Gesundheitsförderung schafft sichere, anregende, befriedigende und angenehme Arbeits- und Lebensbedingung, sagt die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung (1986). Ja, genau. ■

STAMP&TOUCH-KUGELSCHREIBER

Mobil, klein und handlich, ideal für unterwegs.

Das klassische Design überzeugt mit edler, lackierter Oberfläche. Durch die abziehbaren Kappen lässt sich der Mini Stamp&Smart Pen im Handumdrehen von einem komfortablen Schreibgerät, dank der pre-ink Stempeltechnik in ein perfektes Stempelgerät verwandeln und ermöglicht gleichzeitig einfaches Navigieren auf Touch Screens und Tastaturen.

herli®

Made in Germany

- Metallgehäuse lackiert, Beschläge verchromt
- Weiche Gummispitze für Touch Screen
- Präzisions-Stempelmechanik aus Metall
- Stempeln ohne Stempelkissen
- 5.000 Stempelabdrucke
- Stempeltext für bis zu 4 Zeilen
- Microschaum-Stempel (35 mm x 8,7 mm)
- Online Gutschein zur kostenlosen Stempelbestellung
(Jeder Kugelschreiber enthält einen Gutschein für eine Stempelbestellung. Der Stempel wird individuell gestaltet und dann in das Stempelgerät geklebt)
- Lieferung im dekorativem Geschenk-Karton

Mini Stamp&Touch Pen 3 in 1 Kugelschreiberstempel

Maße: ca. 13,5 cm

252611 rot

252711 schwarz

☀ 27,95 € 34,95 €

Stamp&Touch Pen 3 in 1 Kugelschreiberstempel

Maße: ca. 15 cm

252011 silber

252111 schwarz

252211 pink

252311 gelb

252411 wood look

252511 kiwi

☀ 23,95 € 29,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 30.11.2020

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Unterwegs



Die Zukunft der afghanischen Polizei soll weiblicher werden.

POLIZEIARBEIT AM HINDUKUSCH

Als Gender-Beauftragte in Kabul

Deutsche Polizistinnen und Polizisten sind wegen ihrer qualifizierten Ausbildung gern gesehene Gäste auf sogenannten Auslandsmissionen. Peggy Richter, Kollegin aus Baden-Württemberg, ist zurück von ihrer Mission in Afghanistan. Ihr persönlicher Blick auf ein Jahr Polizeiarbeit im Ausland.

Peggy Richter



bewege, ins Ausland zu gehen. Kurz gesagt, mein Abenteuerdrang. Ausführlicher beantwortet, nach zehn Jahren Dienst in Taktischen Einsatzzügen, der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit und fünf Jahren Stabsarbeit verspürte ich den Wunsch, weitere Facetten der Polizeiarbeit kennenzulernen. Zudem finde ich die Möglichkeiten, die mir mein Arbeitgeber bietet, großartig. Warum also diese nicht ausschöpfen und einen Blick über den Tellerrand wagen? Kollegiale Erfahrungsberichte und der eines Freundes bestärkten mich umso mehr in meinen Vorstellungen. Leider hatte ich gelegentlich den Eindruck, dass mehr Interesse am Output meines Gehaltskontos bestand, als an der eigentlichen Mission. Bemerkungen in diese Richtung empfand ich damals als anstrengend und deplatziert. Von Aussagen wie „einen Karrieregefallen tun Sie sich damit aber nicht“, ließ ich mich dennoch nicht beeinflussen. Mein Entschluss stand fest.

Der steinige Weg in die Mission

Eine konkrete Vorstellung, in welches Einsatzgebiet es gehen sollte, hatte ich 2017 nicht. Im Intranet der Polizei Baden-Württemberg standen vielfältige Missionen in verschiedenen Krisengebieten der Welt zur Auswahl. Noch vor der Bewerbung lag ein Eignungsauswahlverfahren für den Landespool „Auslandsverwender“ beim Instutzbereich für Polizeiliche Auslandsmiss-

Vom 20. Februar 2019 bis 9. März 2020 war ich dem German Police Project Team (GPPT) Afghanistan zugewiesen und verrichtete meinen Dienst für ein Jahr im Auftrag des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat (BMI) in Kabul. In diesem Jahr durfte und musste ich Erfahrungen machen, die ich nie missen möchte, von denen ich aber sicher nicht jede in meiner

Sammlung benötigt hätte: eine Erlebnisreise, die auch anders hätte enden können.

Der Blick über den Tellerrand

Nahezu jede und jeder meiner Freundinnen und Freunde, die Familie sowie Kolleginnen und Kollegen hatten mich gefragt, was mich

„Da Polizisten eher unterdurchschnittlich bezahlt werden, zieht sich Korruption durch alle Bereiche. Daher genießt die Polizei in Afghanistan bei Weitem nicht dasselbe Vertrauen der Bevölkerung wie in Deutschland.“

sionen (IBPA, die koordinierende Stelle für Auslandsmissionen in Baden-Württemberg). Dazu kamen diverse Pflichtseminare. Ergänzt durch Qualifizierungslehrgänge zur Verbesserung der Bewerbungschancen, vertraten mich meine Kolleginnen und Kollegen schon im Jahr 2018 sechseinhalb Wochen während meiner Abwesenheit. Hinzu kamen medizinische Eignungsuntersuchungen, Impfungen, Schießnachweise, eine persönliche Sicherheitsüberprüfung und die Dienstpass- und Visabeantragung. Die Entbehrungen meiner Dienststelle sah ich als keine Selbstverständlichkeit an und war meinen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass sie meine häufigen Abwesenheiten mitgetragen haben.

Warum ausgerechnet Afghanistan?

Im Herbst 2018 suchte das GPPT in Kabul oder Mazar-e Sharif (MeS) Leute. „Das ist ein guter Einstieg um Auslandsluft zu schnuppern“, hieß es vom IBPA. Nach Absprache mit meinen Eltern, ob sie mit meinem Aufenthalt in Afghanistan umgehen können, bewarb ich mich auf eine Stelle in Mazar-e Sharif.

„Aber warum ausgerechnet Afghanistan? Da ist es doch gefährlich.“ Diese Frage stellten mir nicht nur nahestehende Personen. Auslandserfahrene Kollegen sprachen mit der Bewertung „keine richtige Mission“ eher abschätzig darüber. „Das ist doch auch nur eine deutsche Dienststelle. Da bekommst du ein Rundum-Sorglos-Paket. Das hat nichts mit Mission zu tun“, haben sie gesagt. Meine Erfahrungen belehrten mich definitiv eines Besseren.

Natürlich ging mir auch durch den Kopf, dass dies nicht das ungefährlichste Fleckchen auf der Erde ist. Es waren bereits deutsche Polizeikräfte bei Anschlägen verletzt worden. Aber verglichen mit der Polizeiarbeit in Deutschland erschien mir ein Jahr in Afghanistan nicht wesentlich gefährlicher. Sehr enge Freunde baten mich lediglich, ich solle bleiben, wie ich bin und mich nicht verändern. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass mir das passieren könnte.

Anfang Dezember dann der Anruf aus dem Personalbüro des GPPT in Kabul: Meine Bewerbung für die Mission war erfolgreich. Entgegen meines Antrags auf eine Stelle im Personalbüro in Mazar-e Sharif, wurde mir eine

Aufgabe als Gender-Beauftragte in Kabul angeboten. Ob ich mir das vorstellen könne. Konnte ich. Herausforderung angenommen.

Die Gefahr ist real

Am 14. Januar 2019 begann das vierwöchige Vorbereitungsseminar (VBS) an der Bundespolizeiakademie in Lübeck. Die in Aussicht gestellte physische und psychische Belastung begann bereits am ersten Tag. Man informierte uns, dass es einen schweren Anschlag auf das Camp Green Village (GV) – unser künftiges Zuhause – gegeben hatte. Wir erfuhren, dass Kollegen des GPPT verletzt wurden, und es stand zunächst in Frage, ob das VBS fortgeführt wird. Zum ersten Mal wurde mir die reale Gefahr bewusst. Aber die Gespräche mit unserem auslandserfahrenen Lehrgangleiter und den Wiederverwendern unter den Teilnehmern beruhigten mich schnell.

Zudem begleitet mich in meinem Beruf ein Leitsatz: „Wenn da oben einer meint, dass meine Zeit gekommen ist, dann passiert es – egal wann und wo auf der Welt.“ Ich bin der Ansicht, wenn du Angst hast, brauchst du dich nicht auf eine Auslandsmission in ein Krisengebiet bewerben. Nach vier intensiven Wochen fühlte ich mich auf die Mission vorbereitet. Dazu beigetragen hatten nicht nur die Lehrgangsinhalte, sondern vor allem auch die Gespräche über die Erlebnisse Afghanistan erfahrener Kolleginnen und Kollegen.

Herzlich Willkommen in Afghanistan

Bereits eine Woche später sollte das „Abenteuer“ starten. Meine Familie und einige enge Freunde konnten meine Euphorie vor lauter Sorge um mich nicht teilen. Ich befand mich daher in einem Zwiespalt zwischen Verständnis und meiner Vorfreude. So begann sowohl für meine Familie sowie Freundinnen und Freunde zu Hause als auch für mich ein neuer Zeitabschnitt. Der sollte die Gedanken- und Gefühlswelt aller Beteiligten mehrfach auf eine Bewährungsprobe stellen.

20. Februar 2019: Es ging endlich los. Trotz aller Vorfreude war es ein sehr emotionaler Abschied am Frankfurter Flughafen.

Beim Zwischenstopp in Istanbul traf ich auf zwei weitere Wegbegleiter, die ihre Mission zeitgleich mit mir starteten.

6.994 Kilometer später landete die Maschine kurz vor 7 Uhr Ortszeit in der afghanischen Hauptstadt.

... ein Kopftuch?

Ich sah, dass neben den offensichtlich muslimischen auch alle europäisch aussehenden Frauen beim Verlassen des Flugzeuges ein Kopftuch aufzogen. Sollte ich das jetzt auch tun? Gehörte das zur interkulturellen Kompetenz? Sollte ich dem direkten Blick von afghanischen Männern ausweichen? Ich war verunsichert, zog zumindest meinen Schal halb über den Kopf und schaute niemanden direkt an.

Bei der Passkontrolle fragte mich der sehr unfreundlich wirkende Polizist etwas, das ich nicht verstand. Ob es Landessprache war, die ich vorher nie bewusst gehört hatte oder schlechtes Englisch, weiß ich nicht mehr. Ich sagte ihm, dass ich ihn nicht verstehe. Er warf mir daraufhin meinen Pass vor die Nase und schrie mich in jetzt sehr verständlichem Englisch an, ich solle mich



Im Gespräch: Peggy Richter mit Bundesaußenminister Heiko Maas in Kabul.

verpissen. Herzlich Willkommen in Afghanistan, dachte ich mir. So ist also der Umgang mit Frauen.

Auch als ich am Gepäckband auf meinen Koffer wartete, fühlte ich mich nicht wirklich wohl. Einige ärmlich gekleidete Afghanen versuchten mir ihre Dienste beim Koffertragen aufzudrängen. Ich lehnte dankend ab. Meine Kollegen waren bereits draußen. Im Hinterkopf schwirrten ständig Gedanken

ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutz

Maximale Sicherheit im Straßenverkehr für Sie und Ihre Familie



Speziell für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark!

- Jahresbeitrag 61,90 (Single-Tarif)
- Keine Selbstbeteiligung im Rechtsschutzfall
- Sofortiger Leistungsanspruch ohne Wartezeit
- Telefonische Rechtsberatung und Online-Rechtsberatung per Chat

Der Verkehrs-Rechtsschutz von ADVOCARD hilft schnell unbürokratisch und flexibel für Sie u.a. als

- Eigentümer, Halter oder Insasse
- Mieter von Mietwagen
- Fahrer fremder Fahrzeuge
- Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer

Wahlweise als Single- oder Familien-/Partner-Tarif

**Onlineantrag und weitere Informationen unter
<https://osg-werbemittel.de/advocard/#disclaimer>**

**Gern beantworten wir Ihre Fragen und erstellen ein individuelles Angebot
– rufen Sie uns an unter Tel. 0211/7104 202 oder schreiben Sie uns:**

OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststr. 3a, 40721 Hilden

Das GPPT ist ein bilaterales Polizeiprojekt zur Unterstützung des Aufbaus einer zivilen Polizeistruktur in Afghanistan. Durch Beratung, Ausbildungsunterstützung und gezielte Ausstattungshilfe sowohl im Aus- und Fortbildungssektor der Führungsebene der National- und Grenzpolizei als auch im Innenministerium wird dieses Ziel durch die Berater und die Leitung des GPPT verfolgt.

über potenzielle Gefahren. Immer und überall hätte es einen Anschlag geben können.

Wie schön, dass mich ein Kollege aus der Heimatdienststelle und eine lächelnde Kollegin vor dem Flughafengebäude erwarteten. Gepäck ins sondergeschützte Fahrzeug, Schutzweste an, Gehörschutz rein, Splitterschutzbrille auf und auf dem Rücksitz 20 Minuten durch Kabul bis wir unser neues Zuhause, das sogenannte Green Village, erreichten. Unterwegs nahm ich in der verschneiten Stadt vor allem Verkehrschaos, Schutzmauern, ärmliche, verschmutzte Gegend, bunte Marktstände und alte Tanklaster sowie verbeulte Toyota Corolla wahr. Jene, vor denen im VBS immer als Sprengladungsträger gewarnt wurde. Ob gold, grün, weiß oder in der gelben Taxi-Ausführung – es waren Hunderte. Sie waren überall und wir im Stadtstau – mittendrin. „Haltet euch fern“, hatten sie uns gesagt. Theorie und Praxis. Später liebte ich es, durch Kabuls Verkehrschaos zu fahren. Fünf Autos plus Fußgänger, Bettler, Radfahrer und Eselkarren nebeneinander auf der zweispurigen Straße? Kein Problem. Unfallfrei.

Leben im Hochsicherheitstrakt

Den ersten Tag durchlief ich wie in Trance. Zuerst die tägliche Morgenlage. Aktuelle Anschläge mit soundso vielen Toten wurden auf einer Landkarte dargestellt. Zudem informierte man uns über derzeitige Anschlagswarnungen sowie den „Route-Status“. Das sind gesperrte Strecken zur Minimierung des Anschlagrisikos – speziell für die Benutzung durch internationale Kräfte. Es dauerte etwa eine Woche, bis diese Meldungen keine Adrenalinausschüttung mehr verursachten. Ich empfing meine Führungs- und Einsatzmittel, erhielt die Sicherheitseinweisung und bezog mein Einzelzimmer in einem Wellblech-Wohncontainer mit eigenem Bad. Ich unterschrieb und füllte zig Dokumente aus. Dabei war ich so müde. Aber Sicherheitseinweisung und Ausstattung sind (über)lebenswichtig in diesem Land. Das konnte nicht warten. Also packte ich meinen Notfallrucksack für den Fall einer Evakuierung, machte meine Waffen einsatz- und zugriffsbereit und präparierte meinen „Alarm-

stuhl“ mit Einsatzkleidung. So hatten wir es im VBS eingebläut bekommen.

In der ersten Nacht schlief ich hinter Schutzmauern und Stacheldraht so gut wie lange nicht mehr.

Am folgenden Freitag, dem „Sonntag der muslimischen Welt“, unserem freien Tag, machte ich mich mit der neuen Umgebung vertraut. Bei meinem Streifzug durch das Camp fiel mir auf, dass vom Anschlag fünf-einhalb Wochen zuvor kaum noch Spuren zu sehen waren. Erst Wochen später stieß ich zufällig auf ein zerstörtes Gebäude, dessen vollständig verbogenen Außenwände und das versetzte Dach die Wucht der Detonation beeindruckend widerspiegelten.

Im Green Village lebten und arbeiteten zu der Zeit etwa 1.000 „Internationale“ für diverse Organisationen. In verschiedenen Servicebereichen waren Afghanen angestellt, wie unsere Kulturmittler, die uns als Übersetzer und Berater zur Seite standen.

Insgesamt stellten wir vom GPPT einen geringen Anteil der Bewohner mit maximal 35 Beamten und Beamtinnen dar. Diese stammen etwa zur Hälfte aus Bundes- und Landespolizei sowie aus allen Regionen Deutschlands. Ab jetzt hieß es 24/7 mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuleben. Ich bemerkte schnell: Im normalen Berufs-

alltag lernt man Menschen nie so kennen wie in der Mission. Die Aussage, „wo Menschen sind, menschtelt’s“, trifft hier einmal mehr zu. Da lassen sich auch gelegentliche Konflikte kaum vermeiden.

Gerade deshalb machte die Vielfalt der Menschen aus unterschiedlichsten Ländern das Green Village zu einem Ort mit Wohlfühlfaktor. Wir absolvierten gemeinsam Fitnesskurse, und es wurden Sport-Wettkämpfe organisiert. Man traf sich an den Wochenenden zum gemeinsamen Grillen oder einfach mal auf einen Kaffee. Es entstanden Freundschaften über Ländergrenzen hinweg. Und nebenbei verbesserte sich auch noch mein Englisch.

Das German Police Project Team

Die Strukturen des GPPT sind durchaus mit einer deutschen Dienststelle vergleichbar – anders als die Lebens- und Arbeitsumstände. So legt das GPPT mit seinen Projekten vor allem Wert auf die Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit in der Organisation und Verwaltung durch die afghanischen Partner. Die Fachbereiche diskutieren dazu mit ihren jeweiligen Ansprechpartnern Bedürfnisse und Verbesserungsvorschläge. Es werden durch Neu- oder Umbauten Trainingsstätten für Aus- und Fortbildung geschaffen sowie Qualifizierungslehrgänge durchgeführt, zum Beispiel für Bereitschaftspolizisten, Dokumen-

Nachwuchs: Peggy Richter (2.v.r.) mit Polizistinnen in Ausbildung an der Afghan National Police Academy.



DP-Autorin Peggy Richter

Die Polizistin aus Baden-Württemberg war mehrere Jahre als Einsatzbeamtin in einem Taktischen Einsatzzug tätig. Nach dem Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst leistete sie u.a. Stabsarbeit für das Landesinnenministerium. 2019 wurde sie zum Polizeiprojekt „German Police Project Team“ nach Kabul abgeordnet. Seit ihrer Rückkehr ist die 40-Jährige als Gruppenführerin des Einsatzzuges der Bundespolizeidirektion Bruchsal tätig.

tenprüflehrgänge für die ABP oder Tatortarbeit für CID-Beamte.

Mein Highlight war dabei unser Hundezuchtprogramm für die Afghan Border Patrol. Es begann im Frühjahr mit dem Ankauf zweier Zuchthündinnen in Usbekistan. Es folgten je ein Wurf mit sieben Malinois und sieben Deutschen Schäferhund Welpen im Spätherbst. Als ich im März Afghanistan verließ, erfreuten sich zehn prächtige Junghunde bester Gesundheit. Diese werden nun zu Sprengstoffspürhunden ausgebildet.

Analphabeten in der Polizei

Die Polizeistruktur in Afghanistan ist durch vier Laufbahngruppen geprägt: einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst. Für die Zulassung zum mittleren Dienst wird mindestens ein Zwölf-Jahres-Schulabschluss vorausgesetzt. Dagegen ist der einfache Dienst durch überdurchschnittlich viele Analphabeten geprägt. Die Ausbildung dauert acht Wochen. Da Polizisten eher unterdurchschnittlich bezahlt werden, zieht sich Korruption durch alle Bereiche. Daher genießt die Polizei in Afghanistan bei Weitem nicht dasselbe Vertrauen der Bevölkerung wie in Deutschland.

Aufgrund des langen Krieges und fortwährenden Terrors hat Afghanistan keine Zivilpolizei wie in Deutschland. Sie wird nach wie vor auch für militärische Zwecke eingesetzt. Der Wandel zu mehr Bürgernähe bei der Strafverfolgung und Verbrechensbekämpfung ist langwierig und mühsam. Auf ministerieller Ebene ist das Bewusstsein für die Notwendigkeit vorhanden. Auch gibt es Pläne für eine Strukturreform. Jedoch ist eine Umsetzung in diesem fragilen Land schwierig. Die Regierung ist unbeständig und kaum ein Minister bekleidet sein Amt länger als sechs Monate.

Gendern in Afghanistan

Die Erhöhung des Frauenanteils auf zehn Prozent in der afghanischen Polizei ist das erklärte Ziel der Regierung. Aktuell sind es etwa 2,5 Prozent. Im Innen- und im Verteidigungsministerium sind internationale Gender-Beraterinnen gefragt. Sie bringen ihre Erfahrungen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Ver-



Um ein Haar: Nur knapp entging Peggy Richter einem Anschlag auf das Camp.

Foto: Peggy Richter

waltung ein.

Mein Bereich war die Zivilpolizei. Den ersten „Gender-Einsatz“ hatte ich bereits an meinem dritten Missionstag im afghanischen Innenministerium. Ich stellte der Ministerin für Polizeistategie, Hosna Jalil, den Gender-Bereich des GPPT und mich als Ansprechpartnerin vor. Ich war beeindruckt. Die junge, selbstbewusste Frau ließ ihren Assistenten durch Ton und Weisungen spüren, dass sie an ihrer Leitungsfunktion keinen Zweifel aufkommen ließ. Ich hatte keineswegs den Eindruck, dass sie nicht geachtet wurde. Mein Vorurteil, dass Frauen in Afghanistan grundsätzlich nichts zu sagen hätten, wurde damit revidiert.

In den folgenden Wochen und Monaten baute ich Kontakte zu nationalen und internationalen Ansprechpartnern auf und entwickelte eine Strategie, um das GPPT gewinnbringend für die afghanische Polizei zu verankern. Von der Leitung des GPPT hatte ich für mein Wirken stets freie Hand. Dieses entgegengebrachte Vertrauen erfüllte mich mit Stolz und motivierte mich ungemein.

Vorsicht, Fettnäpfchen!

Bei allen Terminen standen mir unsere Kulturmittler mit Ratschlägen und Übersetzung beiseite – eine sehr wertvolle und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Von ihnen lernte ich sehr viel über das Leben und die afghanische Kultur. So gelang es mir, Fettnäpf-

chen aus dem Weg zu gehen. Sogar ein paar Brocken Dari, eine der Landessprachen, sind hängengeblieben

Der Anschlag

Auch wenn ich die folgenschwersten Stunden des GPPT nicht Seite an Seite mit meinen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde und Kameradinnen und Kameraden im Einsatz stehen konnte, durchlebte ich – 426 Kilometer weit entfernt – psychisch die Hölle.

Am 1. September verließ ich das Green Village zu einer Dienstreise nach Mazar-e Sharif – in dem festen Glauben zwei Tage später wieder zurückzukehren. Erst am 5. September stieß ich jedoch erst wieder zu meiner Mannschaft. Das Green Village habe ich nie wiedergesehen.

Über die sozialen Medien erfuhr ich am 2. September kurz nach 22:00 Uhr von einem Anschlag auf unser Camp. Meine Kontaktaufnahme um 22:23 Uhr über einen Chatdienst blieb ungelesen und unbeantwortet – bis 5:42 Uhr am Folgetag. Mir kam zu diesem Zeitpunkt nicht in den Sinn, dass durch den Anschlag eventuell die Internetverbindung unterbrochen sein könnte. Die Sorgen um meine Leute waren quälend. Die Bilder und Videos in den sozialen Medien trugen nicht zur Beruhigung bei. Nicht zu wissen, was wirklich geschehen war, ließ mich machtlos fühlen. Erst der Satz im Morgengrauen

„Mehrere sehr schwer bewaffnete Männer mit Sprengstoffwesten drangen in das Gelände ein. Sie zündeten Sprengladungen und warfen mit Brandbeschleuniger gefüllten Flaschen, Granaten und schossen mit RPGs.



Selbstmordanschlag
Anfang September 2019
in direkter Nähe zum
Green Village.

Internetverbindung. In den sozialen Medien wurde bereits wenige Minuten nach dem Anschlag mit Bildern und Videos über die Explosion berichtet. Aber ein Kontakt nach Hause war zunächst nicht möglich. Immerhin stand eine Telefonverbindung zum BMI, um die Lage zu kommunizieren. Die Rettungsmaschinerie externer Kräfte startete in der Nacht. Sie suchten das Camp nach den eingedrungenen Attentätern ab – eine sogenannte Clearing-Aktion durch Kräfte der „Quick Reaction Force“ (QRF). In den frühen Morgenstunden meldeten sie „all clear“. Alle vier Attentäter, waren getötet worden. Ein erstes Aufatmen. Duschen mit Wasser aus Flaschen, Essen von Notfallnahrung, Ausdünnen der Stellungen, eventuell ein Stündchen Schlaf. Es währte nur kurz. Auf einmal die Funkmeldung, dass die wütende Bevölkerung gegen uns Internationale vor dem Green Village demonstrierte. Sie hatten durch die Detonation über 90 Tote zu beklagen. Die Stimmung heizte sich zunehmend auf. Der wütende Mob versuchte, das Camp zu stürmen. Von 600 Mann war die Rede. Durch Molotowcocktails wurden einige unserer sondergeschützten Fahrzeuge, die in der Nähe der Außenmauer abgestellt waren, in Brand gesetzt und vollständig zerstört. Von der Verteidigungsplattform unseres Gebäudes waren dicke schwarze Rauchwolken zu sehen. Unser Head of Mission bat den Polizeichef von Kabul um Unterstützung. Dieser verhinderte durch den sofortigen Einsatz seiner Kräfte eine Eskalation der Lage.

Währenddessen gewährten wir 55 weiteren Angehörigen des Green Village in unserem Gebäude Schutz.

des 3. September: „Uns geht es gut, wir sind müde.“, erleichterte mich – zunächst.

Nachhaltig beeindruckt

Dieses Erlebnis beeindruckte mich aufgrund unserer besonderen (Gefahren-)Gemeinschaft dermaßen, dass ich die Schilderung der dann folgenden Ereignisse teilweise in der Wir-Form verfasst habe.

Bislang war das GPPT in einem Bereich des Green Village untergebracht, der nach Prüfung unseres Head of Mission viel zu nah an der anfallsreichen Jalalabad Road lag. Dadurch bestand stets die Gefahr, verletzt zu werden. Er veranlasste daher bereits 2018 den Umbau eines Wohnkomplexes in ein besonders gehärtetes Gebäude an einem sichereren Ort im Camp. Diese Maßnahmen dauerten bis Sommer 2019. In dieser Zeit gab es bereits eine explizite Anschlagdrohung gegen das Green Village. Deren Wahrscheinlichkeit wurde zudem als sehr hoch eingestuft. Obwohl noch kleinere Restarbeiten am und im neuen Gebäude erfolgten, wies unser Head of Mission den Umzug bereits im Juli an.

Mehrere Tonnen Sprengstoff

Fünf Wochen später, am 2. September 2019 um 21:58 Uhr Ortszeit brachte ein Attentäter einen Lastwagen, beladen mit mehreren Tonnen Sprengstoff, auf der Jalalabad

Road vor den Mauern des GV zur Detonation. Dadurch wurde ein Zugang in das Camp gesprengt. Mehrere sehr schwer bewaffnete Männer mit Sprengstoffwesten drangen in das Gelände ein. Sie zündeten Sprengladungen und warfen mit Brandbeschleuniger gefüllte Flaschen, Granaten und schossen mit RPGs (Rocket Propelled Grenade, fälschlicherweise oft Panzerfäuste genannt). Es kam zu massiven Schusswechseln mit dem Sicherheitspersonal. In unserem gesicherten Gebäude war zunächst „nur“ das Pfeifen der Geschosse durch die Luft hörbar. Doch die Gefechte und die ausgelösten Brände kamen immer näher. Es kamen vier Sicherheitskräfte des Green Village ums Leben, die mir alle bekannt waren.

Alle Attentäter tot

Nach einer Grill-Einladung unseres Head of Mission befanden sich alle GPPT-Angehörige im oder in unmittelbarer Nähe unseres neuen Wohngebäudes. Lediglich der Knall und die Wucht der Detonation sowie herabrieselnder Dreck wurden wahrgenommen. Die Mauern unseres „Bunkers“ hielten Stand. Niemand wurde verletzt.

Unser Sicherheitskonzept ging auf. Alle Stellungen auf den Verteidigungsplattformen um das Gebäude waren umgehend besetzt.

Es folgten 22 harte Einsatzstunden. Die Strom- und Wasserversorgung war ausgefallen. In den ersten Stunden gab es keine

Nur das Nötigste

Nachdem sich gegen Mittag die Lage beruhigt hatte, konnten wir uns einen Überblick über das Ausmaß der Zerstörung im Camp verschaffen. Anblicke, die sich in die Seele einbrannten. Mein Zuhause war nicht mehr das, was es einmal war. Viel Zeit blieb nicht. Unsere Evakuierung auf den nahe gelegenen militärischen Teil des Hamid Karzai International Airport (MilHKIA) musste vorbereitet, Akten vernichtet, Kommunikationsanlagen abgebaut, Computer verpackt werden. Und auch die Entscheidung getroffen, was einem persönlich wichtig war: Nur ein Rucksack mit dem Nötigsten. Wir hatten neun Autos weniger und damals nicht gedacht, dass wir nie

„Ich war damals nicht in der Lage, mit jemandem über das Geschehene zu sprechen, der noch nie in Afghanistan war. Das konnte sich eh keiner vorstellen. Große Erklärungen waren mir damals zu anstrengend.

ins Green Village zurückkehren würden. Am Abend des 3. September verließen 22 übernächttige GPPT'ler das Camp in einer Fahrzeugkolonne – für immer.

Auf dem MilHKIA trafen wir auf herzliche Unterstützung durch die Bundeswehr und Angehörige anderer Organisationen. Es wurden Spenden von Hygieneartikeln und Bekleidung für uns gesammelt. Ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl in der Krise war spürbar. Allerdings schockte uns der sture und in diesem Fall völlig deplatzierte Apparat der Resolute Support (RS) – Campverwaltung am MilHKIA. So mussten wir uns nun noch einem mehrstündigen Aufnahmeprozess unterziehen. Wir bekamen sogar Bewegungsbeschränkungen auferlegt und wurden in viel zu kalten Zelten untergebracht. Es gab zu wenig Decken und Kissen. Die Kameraden der Bundeswehr hatten schon Schlafplätze für uns organisiert.

Dies wurde jedoch von der Campleitung untersagt. Es war nicht nachvollziehbar und mutete als Schikane an. Bisher berechnete unser Ausweis zum Betreten sowie zur Nutzung aller Einrichtungen auf dem MilHKIA. Es war zum Glück nur für eine Nacht.

Abschied wider Willen

In Deutschland war trotz spürbaren Gegenwindes über den Fortbestand des GPPT ziemlich zügig entschieden worden. Zunächst jedoch nur mit einer Rumpfmannschaft. Die Hälfte unserer Leute musste nach Hause fliegen. Die meisten wollten nicht. Schließlich waren wir mehr als eine enge Gefahrengemeinschaft geworden. Jeder wollte beim Wiederaufbau helfen. Die Trennung wurde für beide Seiten eine Belastungsprobe. Wir in Kabul hatten einerseits kaum Zeit, unsere in

Deutschland auf Abruf sitzenden Kolleginnen und Kollegen über manchmal stündliche Änderungen auf dem Laufenden zu halten. Noch wussten wir teils selbst nicht, wie es weitergehen würde. Sie saßen zu Hause in Deutschland und konnten nichts tun, außer zu warten. Jedoch versorgten sie uns in dieser Zeit über die Feldpost mit liebevoll gefüllten Care-Paketen. Ihre psychologische Betreuung fand durch ein gesondertes Kriseninterventionsteam in Deutschland statt. Mehr als einmal saßen sie auf gepackten Koffern für die Rückreise nach Afghanistan und wurden sozusagen vom Bahnsteig wieder nach Hause geschickt.

Traumagruppe

Für die Bewältigung der Erlebnisse blieb kaum Zeit. Auch wenn vorschriftsmäßig das Kriseninterventionsteam (KIT) in der zwei-

ANZEIGE



GdP-Plus Partner

Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de • Telefon 0211 7104 250



Nutze den Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



Willkommen in der GigaRepublik



Ihre Vorteile als GdP-Mitglied



Das clevere Fahrradleasing

Aufsatteln. Fertig. Los.

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



Welpenzucht: Sprengstoff-Spürnasen für die Afghan Border Patrol.

ten Woche zur Betreuung nach Kabul kam und jedem eine individuelle Heimreise zur Erholung finanziert wurde, so holte uns der tägliche Druck, nicht zu wissen wie und wo es weitergeht, schnell wieder ein. Ich war damals nicht in der Lage, mit jemandem über das Geschehene zu sprechen, der noch nie in Afghanistan war. Das konnte sich eh keiner vorstellen. Große Erklärungen waren mir damals zu anstrengend.

Da von meinen Eltern und Geschwistern keine Nachfragen kamen, hoffte ich, dass sie von dem Anschlag und dem ganzen Tumult nichts mitbekommen hatten. Ich erzählte ihnen erst Monate später über die Ereignisse. Es berührte mich nachträglich sehr, dass sie dank der Medien die ganze Zeit Bescheid wussten, aber mich nicht zusätzlich mit ihren Sorgen belasten wollten.

Natürlich wurden mein Entsender (Baden-Württemberg) und dadurch meine Heimatdienststelle über den Anschlag informiert. Unser IBPA kümmerte sich rührend um mich. Ich stellte aber auch fest, dass es wohl schwierig war, mit Anschlagsbetroffenen umzugehen. Einige Kollegen meldeten sich gar nicht oder wussten nicht so recht, wie sie mit mir reden sollten. Wahrscheinlich war es die Angst, hilflos zu sein.

Am meisten halfen mir in diesen Wochen die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Ich musste niemandem die Hintergründe erklären. Wir lachten und weinten zusammen, wann immer es notwendig war. Jeder ließ einem die erforderliche Distanz. Wir waren unsere eigene Traumagruppe. Durch das gemeinsam Erlebte war eine ganz besondere Bindung zwischen uns entstanden. Wir waren zu einer Familie zusammengewachsen.

Ein Neubeginn

Ab Mitte Oktober durften endlich auch die in Deutschland sehnsüchtig wartenden Kollegen sukzessive in Mazar-e Sharif einreisen und vorerst von dort aus arbeiten. Wir hatten inzwischen eine neue Liegenschaft im Botschaftsviertel in Kabul, der sogenannten Green Zone, aufgetan. Nachdem die notwendigen Sicherheitsstandards hergestellt worden waren, konnten wir ab Ende November nach und nach in unser neues Zuhause einziehen. Endlich waren wir wieder vereint und verbrachten die ersten für alle wirklich

freien Tage über Weihnachten zusammen. Mit dem Jahreswechsel wurden auch die Beratungstätigkeiten in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Handlungsfähigkeit des GPPT war vollständig wiederhergestellt. Die Normalität kehrte allmählich zurück.

Begrenzter Raum

Die erste Medaillenparade wurde im neuen Haus durchgeführt. Kollegen, die kurz vor ihrem Missionsende standen, wurden für ihren Einsatz mit einer Afghanistan-Spange und der NATO-Medaille geehrt.

Wir arrangierten uns damit, nur noch GPPT-intern auf begrenztem Raum zu leben. Die früheren Annehmlichkeiten wie Wäsche- und Reinigungsservice sowie drei vorgesetzte warme Mahlzeiten waren wieder vorhanden. Nur die Kontakte zu Internationalen beschränkten sich auf Termine in den militärischen Camps. So wie früher im Green Village würde es im neuen Haus nicht werden.

Die Mission neigte sich langsam dem Ende. Mein Nachfolger reiste ein. Ich übergab meine Amtsgeschäfte.

Im Rahmen einer großen Medaillenparade erhielt ich meine Afghanistan-Spange in Silber für zwölf Monate Dienst im GPPT sowie die NATO Non Article 5 Medaille (NATO Medaille) für meinen Einsatz in Afghanistan. Ich war bewegt und stolz zugleich.

Zurück in der „Ersten Welt Plus“

Nach 380 Tagen wurde ich am Frankfurter Flughafen von lieben Freunden und Kolleginnen empfangen. Ich habe mich riesig gefreut, sie zu sehen und war dennoch überfordert. Ich wusste gar nicht, was ich sagen sollte. Zu sehr wirkte das GPPT nach. An meinem ersten Abend zu Hause kam ich mir fehl am Platz vor.

Das währte aber nur kurz. Ich hatte mir viel vorgenommen und begann am nächsten Tag mit der Abarbeitung meiner To-Do-Liste.

In Deutschland erreichte die Corona-Pandemie Spitzenwerte. Die „verordnete Einsamkeit“ oder neudeutsch „Social Distancing“ empfand ich persönlich als eher positiv. Es half mir, zu mir selbst zu finden und wieder in der „Ersten Welt Plus“ anzukommen. So sehr sich meine Freunde und Fa-

milie vielleicht einen Erlebnisbericht und eine Welcome-back-Party wünschten, desto größer war anfänglich meine Abneigung. Afghanistan und alles was ich dort erlebt habe, kann man niemandem richtig erklären, der nicht schon einmal dort war.

Unter dem Strich ...

Ist das eine „richtige“ Mission? Anschlag, wochenlange Chaosphase, Leben und Arbeiten unter Extrembedingungen: Für mich war Afghanistan die Mission schlechthin.

Lernt man Land und Leute kennen? Eher nicht, und wenn, dann nur sehr eingeschränkt. Die Sicherheitslage ist riskant. Fahrten ohne Auftrag sowie abseits der Hauptverkehrsstraßen sind verboten. Nahe heran an die Bevölkerung kommt man so nicht. Die Kontakte im Rahmen unserer Aufträge haben wir natürlich gepflegt.

Wie ist es als Frau in einem muslimischen Land? Überwiegend hatte ich den Eindruck, als Frau von afghanischen Männern akzeptiert zu werden. Viele afghanische Frauen schauten fast ehrfürchtig auf uns Polizistinnen. Wir galten als Vorbilder.

Was die Mission mit mir gemacht hat? Persönlich wichtige Erkenntnisse gebracht: Bestehende Freundschaften – erst recht über Entfernungen – benötigen intensive Pflege. Ich weiß nun auch, was ein Team ausmacht. Neben den Hürden einer engen 24/7-Welt sind wir im Ausland mehr als nur eine Gefahrengemeinschaft, sondern schon fast eine Familie. Und ein paar Kilometer dazwischen machen keinen Unterschied.

Was ich mitnehme? Die latente Gefahr, das Überstehen von Extremsituationen und die Bewältigung von Chaosphasen haben mein Selbstbewusstsein und meinen Willen gestärkt. Ich habe andere Blickwinkel und Sichtweisen kennengelernt, für mich neue Ziele definiert und bin genügsamer, gelassener. Die Freiheit und Sicherheit hierzulande sehe ich nicht mehr als selbstverständlich an. Einige „Erste-Welt-Plus-Probleme“, beruflich wie privat, erscheinen heute lächerlich. Die Mission hat mich verändert. Wie sehr und in welche Richtung wissen meine Freunde.

Noch einmal Afghanistan? Nicht auszuschließen. Es interessiert mich, was aus unseren Projekten geworden ist. Und aus den Menschen, die ich traf. ■

Hinterfragt

„Die Bosse lassen es halt gerne krachen. Klotzen nicht kleckern, ist hier die Devise. Edler Schampus statt Prickelselters, Nobelkarosse statt City-Flitzer.



Mitte Oktober, OK-Prozess in Düsseldorf: 14 Angeklagte müssen sich wegen bandenmäßigem Rauschgifthandel, Geldwäsche, Betrug, Steuerhinterziehung und Verstößen gegen das Waffengesetz vor Gericht verantworten.

GELDWÄSCHE

Die unterschätzte Straftat

Im Kampf gegen Organisierte Kriminalität (OK), Terrorismusfinanzierung und andere schwere Delikte reicht eine Neufassung des Paragraphen 261 Strafgesetzbuch (StGB) allein nicht aus. Es bedarf eines Masterplans, um Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte effektiv entgegenzuwirken.

Frank Buckenhofer

Mord, Raub, Einbruch, Erpressung oder Geiselnahmen sind in weiten Teilen der Bevölkerung gefürchtete und bedrohliche Straftaten. Bei Journalisten erfreuen sie sich größter Beliebtheit, weil sich solche Delikte im tagesaktuellen Blätterwald als knackige Schlagzeile mit spannender Geschichte gut verkaufen lassen. Angst vor dem Verbrechen und der Kitzel des Voyeurismus liegen oftmals nah beieinander. Geldwäsche hingegen ist da eher der mediale Langeweiler. Sie genießt bestenfalls ein öffentliches Interesse, wenn sie mit Prominenten, Behördenversagen, namhaften Banken oder sonstigen Firmen in Verbindung gebracht werden kann. Dann erobert sie gelegentlich sogar die Titelseite.

Im Übrigen fristet sie ein Schattendasein am Rande der Notizwürdigkeit mit gelegentlichen Erwähnungen im Finanz- und Wirtschaftsteil einiger Fachblätter.

Wie geölt

Dabei ist Geldwäsche das unverzichtbare Herzstück der OK, die mit all diesen aufsehenerregend und gewinnbringenden Straftaten ihren Luxus finanziert. Sie ist das Öl im von Geldgier angetriebenen Motor des Verbrechens. Banden, Clans, Rockergruppen oder auch die anzugtragenden Vertreter des „White-Collar-Crime“ brauchen sie wie die Luft zum Atmen. Der Kampf gegen

die Geldwäsche ist der Schlüssel gegen die ganz Großen der OK. Denn deren kriminelle Beute findet regelmäßig über geschickte Umwege ihren Weg zurück in die Legalität. Das Geld taucht einige Zeit später – gewaschen und scheinbar unverdächtig – als Immobilie, Luxusauto, edle Uhr, Schmuck oder gewinnbringende Investition wieder auf. Experten gehen von einer Größenordnung um die 100 Milliarden Euro per anno aus, die in Deutschland gewaschen werden.

Die Bosse lassen es halt gerne krachen. Klotzen nicht kleckern, ist hier die Devise. Edler Schampus statt Prickelselters, Nobelkarosse statt City-Flitzer. Man müsste meinen, dass der Staat – allen voran der für die Geldwäschebekämpfung zuständige Bundesfinanzminister – ein großes Interesse daran haben müsste, diesen Kriminellen schleunigst das Handwerk zu legen. Bei genauerer Betrachtung der Zustände hierzulande verfliegt der Eindruck wie billiges Eau de Toilette – ziemlich schnell. Weder konservative noch sozialdemokratische Bundesfinanzminister haben sich in den letzten 20 Jahren dieses Themas mit dem nötigen Nachdruck angenommen. Der Stellenwert der Geldwäschebekämpfung liegt noch deutlich hinter dem des politischen Gedöns.

Heilige Kuh

Bereits simple organisatorische Regelungen würden die Geldwäsche massiv erschweren. In anderen europäischen Ländern ist es üblich, eine Obergrenze für größere oder auch richtig große Bargeldgeschäfte einzuführen. In Deutschland ist das mit der Politik nicht zu machen. Geld ist im Politischen so etwas wie eine heilige Kuh. Ist eine wirtschaftliche, juristische oder tatsächliche Notwendigkeit erkennbar, Immobilien oder äußerst hochpreisige Luxusgüter mit Bargeld zu bezahlen? Tja. Dennoch legt eine genügend große Klientel darauf Wert und macht bisher auch ihren politischen Einfluss erfolgreich geltend. Sie sieht sich in ihren unbegrenzten Freiheiten beschränkt, wenn sie ihr neues Haus oder nächstes Boot nicht mit dem vermutlich im Strumpf, unterm Kopfkissen oder im Koffer aus argentinischem Rindsleder gesparten Bares bezahlen können. Zu den an großen Bargeldgeschäften Interessierten gehören nämlich neben den üblen und mafiösen Kriminellen auch noch die vielen un-

Die Finanzpolizei – so wie die GdP sie fordert – ist ein Hybrid aus Polizei, Zoll aber eben auch Finanzbehörde. Sie wäre eine geeignete Schnittstelle, in der sich Polizei, Zoll und Finanzverwaltung treffen und den Gangstern der Gegenwart tatsächlich das Handwerk legen könnten. Ihr Kopf könnte das heutige Zollkriminalamt sein.

scheinbaren Geschäftstüchtigen. Die sind zwar keine großen Verbrecher, dennoch investieren sie aber ebenso gern ihr zuvor an der Buchführung vorbei geschleustes Bargeld aus der Firma in das neue Cabrio für die Ehefrau, teure Urlaube oder die lang ersehnte Segeljacht.

Bargeldgeschäfte sind insofern für die Mafia genauso interessant wie für den profanen Mittelständler, der „gewöhnlich“ Steuern hinterzieht. Warum das Thema Bargeldobergrenzen bis heute keine Partei im Parlament so richtig anpackt, darf stutzig machen.

Das Bare kreist und kreist

Fakt ist: Immer wieder vagabundieren große Bargeldbeträge aus unterschiedlichen Gründen und Quellen durch die reiche Gesellschaft – ohne zunächst wie sonst üblich im Bankenkreislauf angekommen zu sein. Und so kommt es, dass der Zoll hierzulande immer wieder Menschen an den Grenzen kontrolliert, die Millionenbeträge, oft auch in tatverdächtigen kleinen Stückelungen von 5-, 10-, 20- oder 50-Euroscheinen, über die Grenzen bringen wollen. Die Herkunft der Scheine: unklar. Nicht selten verlaufen die Ermittlungen im Sande, weil sich Staatsanwaltschaften und Gerichte von den meist kriminalistisch fadenscheinigen Argumenten zu den Eigentumsverhältnissen des Geldes überzeugen lassen. Verfahren werden eingestellt, Freisprüche erfolgen. Die Geldkurriere sind zudem oftmals geschickt und vor allem bewusst ausgewählt

te Personen mit polizeilich weißer Weste. Deren Aussagen, wenn sie überhaupt etwas Sinnvolles erklären, sind meist so abgestimmt, dass sie in eine gut ausgedachte Geschichte passen.

Die Scheinfirma wäscht, das Finanzamt ist erfreut

Neben Geldkurieren, die das Geld außer Landes bringen, blühen bewusst gegründete Scheinfirmen, die vor allem zur Freude der Finanzverwaltung auf möglichst viel Umsatz bedacht sind und immer fleißig, brav, fristgerecht und anstandslos ihre Steuern abführen. Sie schleusen Millionen bis Milliarden durch ihre Buchführungen und fallen im Raster der Steuerprüfer oftmals gar nicht auf. Denn, sie wollen ja nicht Steuern hinterziehen, sondern zahlen. Genutzt wird – ganz im Gegenteil zum Steuerhinterzieher – der steuerpflichtige Umsatz und Gewinn in möglichst großer Höhe, um legale Geldbewegungen und Vermögensübergänge vorzutauschen. Sie erwecken den Eindruck, dass sie geschäftstüchtig kaufen, verkaufen, mieten und vermieten. Sie liefern regelmäßig teure Sachen ins Ausland oder führen ein, was das Zeug hält. Sie machen Umsätze im großen Stil und täuschen dabei eine möglichst seriöse und umtriebige Geschäftigkeit vor. Die Waschmaschine der Geldwäscher ist aber nicht mehr als ein sehr gut inszeniertes Theaterstück in der Buchführung einer Firma vor der üblichen und unverdächtigen Kulisse.

In Wahrheit pumpen sie aber nur besonders viel Geld so unauffällig wie möglich aus den dunklen Quellen der Drogenbarone, Waffenschieber, Schutzgelderpresser, illegaler Glückspielanbieter, Menschenhändler, Zwangsausbeuter, Prostituiertenschinder, Terrorismusfinanziers und sonstiger Schurken durch ihre virtuellen, aber schlüssigen Buchführungen. An deren Ende ist das schwarze Geld weiß und oftmals ein großes Vermögen geworden. Diese sehr fachkundige und auch aufwändige Dienstleistung lassen sich Profi-Geldwäscher bestens entlohnen – natürlich nicht ohne dabei allergrößten Wert darauf zu legen, keinesfalls irgendeine Kenntnis über die potenziell illegale Herkunft des Geldes zu erlangen. Sie wissen um die Tücken des deutschen Geldwäschestrafrechts und bleiben lieber ahnungslos.

Kleiner Schritt in die richtige Richtung

Die jüngsten Reformvorschläge aus dem Hause von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht ändern an den Tücken des Geldwäschestrafrechts auch nichts Grundlegendes. Die vorliegende Neufassung ist bestenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch nur ein kleiner. Den Paradigmenwechsel durch die Abkehr von einem langen, unübersichtlichen, selektiven und im Zweifel auch gegenüber dem Täter schwer nachweisbaren Vortatenkatalog hin zu einem umfassenden „All-Crime-Ansatz“ kann man begrüßen. Er macht es den Ermittlungsbehörden

ANZEIGE

**Anpralldämpfer VECU-STOP® M
vorübergehend installiert**



**Anpralldämpfer VECU-STOP® – VS
dauerhaft installiert**



SPS-Schutzplanken GmbH
Hinterm Waldcasino 1
D-63762 Großostheim/
OT Ringheim

Tel. +49 (0) 6026-991 67 11
Fax +49 (0) 6026-991 67 12
info@sps-schutzplanken.de
www.sps-schutzplanken.de



DP-Autor Frank Buckenhofer

kennt den Zoll seit 1983. Nach einigen Zwischenstationen ist der Hobbyschriftsteller beim Zollfandungsamt Essen angekommen. Seit Juni 2016 führt er den dortigen Personalrat an. Vor gut 20 Jahren übernahm er den Vorsitz der GdP Zoll.

Foto: GdP

etwas leichter – aber nur etwas. Gerade im Bereich der verfahrensunabhängigen Geldwäschermittlungen, eben jenen Verfahren, die (noch) keine Erkenntnisse zur Vortat haben, führt das künftig sicherlich zu einer vereinfachten Beweisführung. Aber Geldwäsche ist vor allem eine kriminelle Servicedienstleistung für andere Kriminelle, die es eben vermeiden, dass der Geldwäscher eine nachweisbare Kenntnis über die Herkunft des Geldes hat. Der Geldwäscher gehört bestenfalls einem arbeitsteiligen, dennoch höchst abgeschotteten, System an.

Neufassung im Gesetz

Geprüft werden sollte dringend, wie auch jene Geldwäschebehandlungen unter Strafe gestellt werden können, bei denen zwar der Geldwäscher keine konkrete Kenntnis von der Vortat hat, er aber aus dem Gesamtzusammenhang der Anberaumung der Transaktion von der Illegalität des Vorganges ausgehen muss. So könnte auch jene Geldwäsche bestraft werden, die sich mittlerweile als selbstständige Dienstleistung im illegalen Milieu etabliert hat. Dabei wird eine Summe illegalen Bargeldes oder anderer Zahlungsverkehre von einem Dienstleister ohne Kenntnis über Herkunft des Vermö-

„
Der Stellenwert von Geldwäschebekämpfung liegt noch deutlich hinter dem des politischen Gedöns.

gens durch einen scheinbar legalen Wirtschaftsvorgang geschleust und legalisiert. Solange Geldwäsche an die Kenntnis einer Vortat geknüpft ist, ist das Schwarzgeldwäschen zur (vortat-)unabhängigen und selbstständigen Dienstleistung geworden. Daher braucht es eine Neufassung des Paragraphen 261 StGB, um diese eigene kriminelle und von der Vortat unabhängige Dienstleistung unter Strafe zu stellen.

Dass in dem neuen Entwurf die Leichtfertigkeit gestrichen wird, mag man aus rechtspolitischen Gründen nachvollziehen. Zu einer nahezu uferlosen Anwendungsbreite, wie in der Entwurfsbegründung unterstellt, wird es allerdings wohl nicht kommen. Auch künftig bedarf es eines Anfangsverdachts zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Geldwäsche. Schon das verhindert die Uferlosigkeit. Aus vielen Ermittlungsverfahren

von Polizei und Zoll wissen wir jedoch, dass eine ganze Reihe von Anklagen wegen Verdachts der Geldwäsche sich in der Vergangenheit auf die leichtfertige Begehungsweise gestützt hat. Wenn es künftig bei der nötigen aber nicht notwendigerweise bestimmbar Vortat ausreichend ist, dass der Täter wenigstens hätte vermuten können, dass es sich um Bargeld oder Vermögenswerte aus einer zuvor begangenen Straftat handelt, reicht diese Formulierung der GdP zufolge aus. Andernfalls wird auch in der Neufassung ein Absatz zur leichtfertigen Begehung angeregt.

Was wirklich fehlt ...

Was seit Jahrzehnten fehlt, ist der entscheidende Masterplan aus dem Haus des Finanzministers. Die GdP fordert ihn seit dem Jahrtausendwechsel. Keine Regierung hat das aufgegriffen. Dringend benötigt wird eine Neuausrichtung der Financial Intelligence Unit (FIU) hin zu einer wirklich selbstständigen und unabhängigen Behörde mit ausreichenden polizeilichen Datenzugängen, mehr kriminalistischem Sachverstand und der strategischen Ausrichtung eines echten Intelligence-Dienstes. Benötigt wird seit Längerem eine Sicherheitsarchitektur, in der die Ermittlungsbehörden von Polizei, Zoll und

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig!

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 06241 173180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Finanzierung für Hausbesitzer

Raten um bis zu 50 % senken, auch bei Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg.Schufa

www.ihr-bankpartner.de
Tel.: 03681-351703

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick

Im Gespräch

auch Steuerfahndungen viel enger verzahnt werden. Deren Erkenntnisse und Erfahrungen gehören an einen Tisch. Umfangreiche Finanzermittlungen, erfolgreiche Vermögensabschöpfung, verstärkte Betriebs- und Steuerprüfungen unter dem Gesichtspunkt der Geldwäsche, eine umfangreichere Überwachung des risikobehafteten Gütermarktes sowie die konsequente Verfolgung der Spur des Geldes („Follow the money“) bis zu den Bossen der Kriminellen – auch durch die gefakten Buchführungen der Geldwäscher hindurch – verlangen deutlich mehr personellen Einsatz. Dazu eine auf diese Aufgabe ausgerichtete IT, einen deutlich besseren Datenaustausch und vor allem den schnelleren und sicheren Zugriff im Verwaltungs- und Strafverfahren auf Vermögen mit offensichtlich zweifelhafter bis ungeklärter Herkunft.

Ausgehend von diesen Überlegungen ist die von der GdP seit 2000 geforderte Finanzpolizei lange überfällig. Die Finanzpolizei – so wie die GdP sie fordert – ist ein Hybrid aus Polizei, Zoll aber eben auch Finanzbehörde. Sie wäre eine geeignete Schnittstelle, in der sich Polizei, Zoll und Finanzverwaltung treffen und den Gangstern der Gegenwart tatsächlich das Handwerk legen könnten. Ihr Kopf könnte das heutige Zollkriminalamt sein. In einem solchen hybriden Finanzpolizei-Präsidium würden sich die zur wirksamen polizeilichen Geldwäschebekämpfung erforderlichen Erkenntnisse aus sämtlichen Behörden bündeln lassen. Der 1903 in Chicago geborene Elliot Ness war auch Finanzbeamter. Es war Ness, der letztlich den berüchtigten Mafia-Mobster Al Capone zur Strecke gebracht hatten. Polizei und Finanzverwaltung hatten eng zusammenarbeitet. Auch im mittlerweile 100 Jahre alten Erlass zur Gründung des deutschen Zollfahndungsdienstes vom 24. Dezember 1919 finden sich solche erkenntnisgeleiteten Hinweise auf die Notwendigkeit einer auf Tuchfühlung gemeinsam operierenden Zoll- und Polizeibehörde im Kampf gegen Finanzkriminelle, Schieber und Schmuggler der damaligen Nachkriegszeit. Einige sprachen sogar von einer Zollkriminalpolizei. Eine solche – heute immer noch mehr denn je – nötige Zusammenarbeit würde sich in der Finanzpolizei nach GdP-Muster hervorragend organisatorisch, technisch und personell behördlich abbilden lassen. Einzig der politische Wille fehlt bisher. Die Zeit dafür ist jedoch mehr als reif. ■

FINANZKRIMINALITÄT

Ungebremste Gier

Zollfahnder Frank Buckenhofer kennt sich aus in der Schattenwelt der Finanzjongleure und Geldwäscher. Seine Expertise über Wirtschaftskriminalität ist immer häufiger gefragt. Seinen reichhaltigen Erfahrungsschatz hat der Vorsitzende der GdP-Zoll bereits in einem spannenden und detailreichen Roman ausgebreitet. DP befragte ihn zu „Wirecard“-Skandal, Finanzgebaren und Geldwäsche.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Buckenhofer, wie schätzt Du die Tragweite des „Wirecard“-Skandals ein?

Frank Buckenhofer: Die Tragweite ist sicher sehr groß und sein Ende noch nicht absehbar. Im öffentlichen Fokus und am Pranger stehen kriminelle Unternehmer, versagende Behörden und verantwortliche Politiker gleichermaßen. Allerdings ist der politische Skandal unverhältnismäßig größer und medial deutlich interessanter als der tatsächliche wirtschaftliche Schaden.

DP: Ist dieser nicht hoch genug?

Buckenhofer: Aus den lediglich 1,9 Milliarden Luftbuchungen im „Wirecard“-Skandal macht man nun eine riesengroße Geschichte, die stetig die Titelseiten und exponierten Sendeplätze füllt, während die für die Republik weitaus bedrohlicheren Umstände zu den geschätzten jährlich 100 Milliarden Geldwäschegegeschäften in Deutschland im Verhältnis dazu kaum in die Medien oder politische Debatte schaffen. Das ärgert mich schon enorm.

DP: Warum?

Buckenhofer: Es ist geradezu grotesk, wie der ehemalige geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, der seinerzeit wegen erzwungenem Sex mit einem Zimmermädchen, vor allem wegen seiner Berühmtheit und Bedeutung lange zum öffentlichen Spektakel wurde, während bis heute täglich



tausende Übergriffe und Vergewaltigungen an Frauen in der Ehe im Rahmen häuslicher Gewalt kaum von öffentlichem Interesse sind.

DP: Es geht also um den VIP-Faktor?

Buckenhofer: Auch im „Wirecard“-Skandal treibt vor allem der Geruch der Prominenz und des Spektakulären den Medienmotor an und nicht der eigentliche wirtschaftliche Schaden. In dieser Seifenoper findet sich eben alles, was für das geneigte Publikum

mit Interesse an der Schattenwelt große Bedeutung hat. Ungebremste Gier, professionelle Betrügereien im großen Stil, mögliche Verstrickungen bekannter Menschen aus Politik und Wirtschaft sowie ein enormes und kaum erwartetes Behördenversagen. Deshalb muss neben den nicht öffentlichen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen die ernsthafte und lückenlose politische Aufklärung solcher Missstände öffentlich erfolgen. Gerade Prominente, vor allem die aus der Politik, die auch noch regieren, darf man nicht und nie aus ihrer Verantwortung lassen, erst recht nicht im Hinblick auf die nächste Wahl.

DP: Wenn das Ertappen Prominenter eine solche präventive Wirkung verspricht, sollten die Behörden nicht ein stärkeres Augenmerk auf deren Finanzgebaren legen?

Buckenhofer: Die Behörden müssen viel stärker dahin schauen, wo es richtig stinkt. Dort trifft man zuweilen auch Berühmte. Das ist sicher unangenehm. Aber es tut Not, wie wir immer wieder erleben. Die Gier als ungebändigte Triebkraft bei der Gewinnerzielungskriminalität ist größer und verbreiteter, als so mancher denkt – auch in prominenten Kreisen.

DP: Diese Klientel nagt doch im Allgemeinen nicht am Hungertuch, oder?

Buckenhofer: „Gelegenheit macht Diebe“, pflegte meine Oma zu sagen, und sie hatte Recht. Und die These von Oma gilt für alle sozialen, wirtschaftlichen und bildungsmä-

ßigen Schichten. Gelegentlich trifft man die übelsten Gestalten einer international organisierten Gewinnerzielungskriminalität sogar auf Sektempfängen, wo sich das Who's who hoch- und höchstrangiger Prominenter aus Politik und redlicher Wirtschaft gesellt, Häppchen vertilgt und belanglos plaudert. Gelegentlich wissen es die einen sogar von den anderen. Kriminalität macht eben vor keinem Halt.

DP: Vor keinem?

Buckenhofer: Immun und standhaft gegen gierige Verführungen sind nur Menschen mit Anstand und tugendhafter Haltung. Alle anderen nicht. Und wegen solcher Menschen brauchen wir staatliche Aufsicht und Kontrolle, sonst kollabieren die redliche Wirtschaft und die soziale Gesellschaft zu Gunsten der Kriminellen. Der soziale Rechtsstaat braucht Kontrolle. Deshalb fordern wir unter anderem auch eine Finanzpolizei im Kampf gegen Geldwäsche, Schmuggel, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftskriminalität.

DP: Kann es sein, dass die Finanzkriminalität nicht so ernst genommen wird, weil – ich formuliere es sehr plastisch – prinzipiell kein Blut fließt?

Buckenhofer: Die Frage ist zunächst, was man konkret unter Finanzkriminalität versteht. Zwischen einer millionenschweren, blutlosen Steuerhinterziehung durch virtuelle Buchführung und einer Geldwäsche am Ende einer Kette übelster, brutaler und gelegentlich auch blutiger Kriminalität liegen

Unterschiede. Beides kann man als Finanzkriminalität bezeichnen und ist extrem schädlich und asozial. Während aber die toten und blutigen Opfer eines fernen Verbrechens im Volk immer für Aufsehen und Erregung sorgen, ist dasselbe Volk beim Besuch so manches Restaurants, Hotels, Autohauses, Friseursalons oder Nagelstudios sogar unbewusst wirtschaftlicher Nutznießer cleverer Rückführungsstrategien zuvor erbeuteter Millio-

nen. Selbst Finanzämter werden als Geldwaschmaschine benutzt, indem für die fiktiven Umsätze anstandslos die Steuern bezahlt werden. Finanzkriminalität ist auf gewisse Weise ein Wirtschaftsfaktor. Zwar ein extrem ungerechter, dafür aber ein sehr großer, der sogar von Teilen der Gesellschaft äußerst ernst genommen wird und vielleicht gerade deshalb nicht Thema werden soll.

DP: Nochmals zur Geldwäsche: In einer Streaming-Serie spielt ein sehr cleverer Geldwäscher die tragende Rolle. Man erkennt trotz des dramatischen Drehbuchs die Komplexität dieser Straftat. Sollte man nicht das Finanzsystem deutlich vereinfachen, um Finanzstraf Tätern die Tarnung zu erschweren?

Buckenhofer: Auch bei einer Steuerklärung auf dem Bierdeckel würde es Hinterziehungen geben. Es ist keine Frage der Komplexität von Systemen. Wichtig erscheint vielmehr, die Möglichkeiten der Nutzung zu Unrecht erworbener Vermögensvorteile zu unterbinden. Dazu muss der Staat allerdings jenseits strafrechtlicher Geldwäscherermittlungen, Vermögensabschöpfungen und Einziehungen konsequent Herkunft und Besitz von großen Vermögen jedweder Art verwaltungsrechtlich viel genauer prüfen und mögliche dabei erkannte unberechtigte Vermögen mit ungeklärten Herkunfts- oder Besitzverhältnissen bereits im Verwaltungsrecht schleunigst in die Staatskasse überführen. Zumindest solange, bis die Legalität der Herkunft und des Besitzes geklärt ist. Dabei hilft auch eine Bargeldobergrenze, die die GdP ebenfalls fordert.

DP: Letzte Frage. Warum bekommen eigentlich die Täter immer mehr Glanz ab als die Ermittler?

Buckenhofer: Der Ehrliche und Gute ist möglicherweise in der Vorstellung vieler Menschen so selbstverständlich, gewöhnlich und unspektakulär, dass er keiner besonderen Erwähnung bedarf. Das Ideal eignet sich eben nicht als reizvolle Kulisse für das Besondere. Vielmehr langweilt es sogar im Gegensatz zum Leben von Al Capone. Dort war sicher deutlich mehr Glanz und Glamour als in dem Leben von Elliot Ness, obwohl Ness am Ende der wirkliche Held war – was aber die wenigsten wissen, weil auch heute noch viel mehr über Capone statt über Ness geredet wird. ■

ANZEIGE

REISEMARKT



„Almen statt Palmen“

Das Alm-Apartment im Ötztal
Auf 1957 Meter inmitten der Ski-region Hochoetz mit drei Zimmer, ideal für Gruppen bis 12 Personen

Anfrage & weitere Informationen finden Sie unter www.balbachalm.at



Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyon tour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



Das junge Girokonto für Berufsstarter.¹

Extrem flexibel.
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto¹**
Kostenfrei enthalten:
Kontoführung und girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²**
Geld abheben
mit der Visa Card²
(Ausgabe einer Debitkarte)



50,-^{Euro}
Startbonus
für den öffentlichen
Dienst³



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 01.07.2020 ²36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa Card (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren möglich; bonitätsabhängig. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. ³Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.07. und dem 31.12.2020, Neumitglied aus dem öffentlichen Dienst ab 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Berufsstarter (Beamtenanwärter/Auszubildender), keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Nicht mit weiteren Prämien kombinierbar. Die Verbuchung des Startbonus kann bis zu 8 Wochen dauern.

Hinterfragt

Maschinelles Lernen lässt keine Rückschlüsse zu, nach welchem Muster ein neuronales Netz eine Entscheidung trifft. Bei regulären Algorithmen können Schritte nachvollzogen und Fehlerstellen behoben werden.



Foto: iStockphoto.com

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Auslaufmodell Mensch?

Künstliche Intelligenz: Die einen assoziieren damit Fortschritt. Bei anderen schürt sie Visionen einer Welt, in der Technik die Kontrolle über uns ergreift. Was, wenn lernende Maschinen Polizeiarbeit machen? Wie verlässlich kann das sein? Wo bleibt der Mensch?

Christian Ehringfeld

Der Begriff Künstliche Intelligenz (KI) ist vor allem bekannt aus Filmen wie Terminator, RoboCop oder Matrix. Wenn in Hollywood Maschinen die Macht ergreifen, dann oft zum Nachteil für den Menschen. Doch unlängst erlebt der Begriff einen zunehmend positiven Wandel. Gesellschaftliche Debatten und die moderne Polizeiarbeit stehen KI optimistisch gegenüber. Hier baut man vor allem auf die positiven Effekte der neuen Technik.

Trainierte Neuronen

Hinter dem Kürzel KI verbirgt sich ein Sammelbecken verschiedener Methoden und Konzepte. Bereits 1956 wurde der englische Begriff „Artificial Intelligence“ geschaffen. Oft ist damit maschinelles Lernen gemeint. Das basiert auf neuronalen Netzen, in Anlehnung

an menschliche Nervenzellen. Sie sind die Grundlage für sogenannte selbstlernende Systeme. Damit diese Netze funktionieren, benötigt man viele Daten. Damit werden die Neuronen trainiert. Handelt es sich um Bilder, lernen sie Inhalte zu erkennen, um später die Trainingsergebnisse in Praxissituationen anwenden zu können. Zudem bezeichnet KI auch Algorithmen – Rechengänge, die von Menschen nach einem bestimmten Muster festgelegt wurden. Mangelte es in den Anfängen der KI-Forschung noch an Rechenpower, ist es heute möglich, neuronale Netze künstlich zu produzieren.

KI im Alltag

Maschinelles Lernen ist längst in unserem Alltag angekommen. Wer ein Smartphone besitzt, hat wahrscheinlich erste Erfahrungen

im Gebrauch von KI. Ganz vorn mit dabei: der Tech-Gigant Google. Dessen Bilderkennung „Google Lens“ hilft zum Beispiel blumenbegeisterten Nutzern, Pflanzen auf Fotos zu identifizieren. Dabei gleicht ein neuronales Netz Ähnlichkeiten der fotografierten Gewächse ab. Es werden Muster erstellt, um ähnliche Pflanzen zu finden. Auch wer der iPhone-Stimme Siri Befehle gibt oder seiner virtuellen Assistentin Alexa die Amazon-Einkaufsliste diktiert, nutzt künstliche Intelligenz. Im Vergleich zu diesen neuen Beispielen wirkt der Spam-Filter, der unsere E-Mails sauber hält, schon fast ein wenig betagt. Doch auch hier handelt es sich um KI. Welche E-Mail rausfliegt, legt der Mensch fest. Auf dieser Grundlage klassifiziert der Filter eingehende Nachrichten in gut und schlecht. Auf dem Consumer-Markt sind vor allem Bild- und Spracherkennung Anwendungsbereiche künstlicher Intelligenz.

Klar, dass auch die Polizei in dieser Technologie den Nutzen für die eigene Arbeit erkennt. Hier erhofft man sich, in der KI fleißige Hände zu finden. Sie sollen helfen, einem immer größeren Datenberg Herr zu werden und ihn für die Strafverfolgung aufbereiten. Aber: Künstliche Intelligenz ist immer nur so gut wie das Entwickler-Team dahinter und die zugrunde liegenden Daten. Erschwerend kommt hinzu: Maschinelles Lernen lässt keine Rückschlüsse zu, nach welchem Muster ein neuronales Netz eine Entscheidung trifft. Bei regulären Algorithmen können Schritte nachvollzogen und Fehlerstellen behoben werden.

Computer sagt: Schwarz, männlich – Zugriff!

In der aktuellen Debatte um Rassismus in der Polizei werfen kritische Stimmen den Beamtinnen und Beamten wiederholt die Praxis des sogenannten Racial Profiling vor. Schuld daran ist für viele ein allzu menschliches Gefühl: das Vorurteil. Maschinen hingegen sind frei von Gefühlen. Für sie zählen Daten. Kann der Einsatz von KI Rassismusvorwürfen in der Zukunft ein für alle Mal ein Ende setzen? Leider nein.

Wird ein neuronales Netz mit einseitigen Datensätzen gefüttert, kann das mit Blick auf die Polizei maßgebliche Wirkungen auf Grundrechtseinschränkungen haben. Ein Beispiel: Bestehen alle Daten in unse-



Foto: GdP/Hagen-Immel

DP-Autor Christian Ehringfeld

Der IT-Experte beim Bundeskriminalamt (BKA) ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes.

rem fiktiven bundesweiten System nur aus Maßnahmen am Berliner Drogenumschlagplatz Görlitzer Park, lautet die Empfehlung der KI: „Schwarze, männliche Person – kontrollieren.“ Entsprechend unausgewogene Datensätze schaffen also schnell problematische Strukturen. Trotz bester Absicht des menschlichen Entwicklers hinter der Maschine kann KI tendenziöse, unethische und unausgewogene „Denkmuster“ bei der Fallanalyse rasant festigen. Das zeigt auch ein KI-basiertes Bewerbungsverfahren der Firma Amazon. Ziel war es, die vielversprechendsten Bewerbungen herauszufiltern. Der Haken: Frauen erfuhren per se eine Abwertung. Amazons Datenbasis war in den vergangenen Jahren in eine Schiefelage geraten. Der Konzern hatte in erster Linie Männer eingestellt. Für die KI ergab sich daraus das Muster „Frau ist schlechter als Mann“.

Ethische Datennutzung

Neuronale Netze dürfen die Polizei nicht dubios oder intransparent erscheinen lassen. Um genau das zu verhindern, hat die europäische Kommission die „Ethische Leitlinie für vertrauenswürdige KI“ verfasst. Die Richtlinien sehen unter anderem vor, menschliches Handeln und menschliche Aufsicht in den Vordergrund zu stellen. Zudem müssen Transparenz sowie Vielfalt und Nichtdiskriminierung gewährleistet sein. Soweit die Theorie. Was aber, wenn man in der Praxis ein neuronales Netz verwendet, um gigantische Datenberge zu durchforschen? Beispielsweise auf der Suche nach Kinderpornografie. Falsche Treffer – sogenannte false-positives – lassen sich nachprüfen. Findet die KI aber keine entsprechenden Motive, obwohl Material vorhanden ist, stellt das ein Problem dar. Dieses Ergebnis der Maschine kann der Mensch als Handlungsempfehlung wahrnehmen: Nichts gefunden. Abhaken. Mensch oder Maschine: Wer trägt in so einem Fall die Verantwortung?

Prävention vor Technik

Letztlich gilt für KI: Sie kann keine gesellschaftlichen Probleme lösen. Der beste Ansatz ist immer noch Prävention. Das Beispiel Kinderpornografie hilft, das zu verdeutlichen, denn: diese ist das Ergebnis

einer Tat im „echten“ Leben. Man muss also Maßnahmen ergreifen, um solchen Verbrechen zuvorzukommen. Die digitale Verteilung der Videodateien ist letztendlich nur die Konsequenz einer Straftat in unserer analogen Realität.

Maschinen: die besseren Menschen?

Bei aller Begeisterung über diese Technologie darf der Mensch nicht in den Hintergrund rücken – im Gegenteil. Unser Handeln muss maßgeblich sein. Wir dürfen keine Verantwortung an Maschinen abgeben. Maschinen dienen als Unterstützung – mehr nicht. Damit KI eine effiziente Unterstützung polizeilicher Ermittlungen wird, brauchen wir einheitliche Systeme, einheitliche Daten und einheitliche Regeln.

Bei der notwendigen Modernisierung müssen Kolleginnen und Kollegen zudem über ethische Richtlinien im Umgang mit Daten geschult werden. Vor allem ist es wichtig, dass die Politik Gesetze verabschiedet, die nicht im Widerspruch zu polizeilichem Handeln stehen. Eine Richtlinie, die festlegt, welche Daten bei polizeilichen Maßnahmen verarbeitet werden dürfen, ist unabdingbar.

In Anlehnung an Racial Profiling stellt sich die Frage: Sind Hautfarbe, Nationalität, Religion oder Geschlecht Kriterien für die polizeiliche Arbeit? Die gewerkschaftliche Antwort muss nein heißen! Um den digitalen Fortschritt voranzubringen, kann die GdP dazu beitragen, dass die Personalräte in den Ländern ermächtigt werden, die Entwicklung solcher Systeme aktiv mitzugestalten.

Künstliche Intelligenz birgt für die Strafverfolgung viele spannende Möglichkeiten. Man sollte dennoch nicht annehmen, dass die KI unsere Probleme löst und strikt hinterfragen: Ist KI die richtige Antwort auf unser Problem? Es darf nicht der Ansatz genutzt werden: Wir haben KI. Welches Problem wollen wir damit lösen?

Es wäre vermessen, Wunder von einer Maschine zu erwarten, die von Menschen entwickelt wurde. Wer befürchtet von einer Reihe digitaler Nullen und Einsen aus dem Beruf verdrängt zu werden, dem sei gesagt: Keine Sorge! Künstliche Intelligenz kann den Menschen nicht ersetzen. ■

Innenleben

GdP-TIPPSPIEL

Geballte Frauenpower

Seit eineinhalb Monaten läuft die neue Fußball-Bundesligasaison. In Pandemiezeiten ist etliches neu, und es gibt manches kaum vorhersehbares Ergebnis. Und auch bei unserem diesjährigen GdP-Tippspiel sind Überraschungen an der Tagesordnung.



Wolfgang Schönwald

Wer hätte sich schon auf eine Wette eingelassen, dass ein GdP-Mitglied den Kanter Sieg (8:0) des Serienmeisters Bayern München im Auftaktspiel gegen Schalke 04 auf seinem Tippzettel richtig hat? Doch unser Gewerkschaftsmitglied mit dem Pseudonym NOBBY7 bewies, wie Fußball erfahren unsere Mitspieler sind. Herzliche Glückwünsche für diesen, vielleicht etwas glücklichen Volltreffer.

Zum Start zwei Gewinnerinnen

Erstmals stehen an den ersten beiden Spieltagen des seit 2015 stattfindenden GdP-Tippspiels zwei Fußballexpertinnen ganz oben. Für die Männer dominierte Fußball-Fangemeinde ein absolutes Novum. Bislang haben in den vergangenen Jahren überhaupt nur sehr wenige Frauen mal einen Spieltag für sich entschieden. Das ist doch eine Herausforderung für alle Fußballfreunde. Mal sehen, was der Herbst so bereithält. Tagessiegerin **Christina Jürgens** alias crazyminx sammelte am ersten Spieltag 16 Punkte und verschenkte dabei als Spitzen-

Eure Meinung

reiterin eine noch bessere Ausbeute. „Ich bin immer noch überrascht, vor allem, weil ich komplett vergessen habe, das Bayern-Spiel am Freitagabend überhaupt zu tippen“, gestand die 41-Jährige, in Niedersachsen tätig, gegenüber DP. „Sonst hätte ich sogar noch mehr Punkte gehabt ...“

Ihre Freude ist groß: „Es ist ja auch was Schönes, wenn man gerade beim Fußball-Tippspiel an den Männern vorbeizieht, wobei ich nicht glaube, dass das lang so bleibt.“

Schon mit 12, 13 Jahren sei sie zum Fußballfan geworden, so Jürgens. Ihre Mannschaft: der FC Bayern. „Natürlich bin ich heimlich auch mit Hannover 96 verbunden“, sagte die fleißige Tipperin, die von Anfang an beim GdP-Tippspiel mitmacht.

Angelika Senft setzte sich am zweiten Spieltag durch, der gefühlt wohl die meisten Überraschungsergebnisse an einem Wochenende der vergangenen Jahre hervorbrachte. Mit nur 12 Punkten siegte die 42-jährige Polizeioberkommissarin aus der Polizeiinspektion Ochsenfurt in Bayern. Da liege es nahe, dass auch sie Fan des FC Bayern seit frühester Jugend sei. „Obwohl meine Familie aus Schalke-Anhängern besteht“, fügte Senft hinzu, die von Beginn an beim Tippspiel mitmacht. Es ist ihr zweiter Tagessieg. „Ich habe im Frühjahr 2019 tatsächlich schon einmal einen Spieltagsieg eingefahren.“



Foto: privat

Für alle, die sich jetzt angespornt fühlen, kann es nur heißen – mitmachen. Also einfach anmelden auf der GdP-Homepage/Leistungen, und lostippen. Auch die Chance auf den Gesamtsieg ist in dieser frühen Phase der Saison 2020/2021 noch gegeben. ■

ZU:

Kommentiert, Kritikfähigkeit, DP 10/20

Mit großem Interesse habe ich den Kommentar von Dirk Heidemann online studiert. Und kann ihm nur aus vollem Herzen zustimmen. Ja, wir brauchen eine umfassende Studie!

Wir Polizeibeamte üben das Gewaltmonopol in unserem Staat aus und müssen uns bewusst sein, dass in der heutigen Zeit jedwede von uns getroffene Maßnahme, sei sie noch so unbedeutend wie eine gebührenpflichtige Verwarnung, oder, noch unbedeutender, die Verkehrsregelung bei einer Veranstaltung, überaus kritisch bewertet wird. Kritisch vor allem im Hinblick auf die Rechte der Person, die selbige durch unsere Tätigkeit als eingeschränkt, verletzt, wahrnimmt. Dabei ist es doch Grundsatz, dass jedwede Entscheidung eines Polizisten nachträglich überprüft werden kann und muss!

Nur dauert das halt. Und Geduld ist eine der letzten Tugenden, denen heutzutage gefrönt wird. Durch die zahlreichen Berichte in den Medien der letzten Wochen entsteht beim Betrachter der Eindruck, die Polizei sei ein Staat im Staate, den niemand kontrolliert; der sich selbst verwaltet und richtet. Die blau uniformierte Grauzone Deutschlands. Deshalb ist eine Studie ein absolutes Muss!

Sie wird meiner Meinung nach beweisen, dass die deutsche Polizei das ist, was sie immer war: Ein Eckpfeiler unserer Demokratie, mit allen Ecken und Kanten. Sie wäre etwas Gutes.

Helmut Schäfer, Strohn

ZU:

Hingeschaut, Urteil Presserat, DP 10/20

Ich teile das Unverständnis der GdP. Aber was hindert uns im Rahmen der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit, die „taz“ als „Lügenpresse“ zu bezeichnen? Der Presserat sollte erkennen, dass man auch ihn einmal öffentlich mit den ordinärsten Schimpfwörtern belegen kann, wie in der Vergangenheit Politikerinnen und Politiker beschimpft und die Verfahren vor Gericht als Meinungsfreiheit deklariert und eingestellt worden sind. Vielleicht erkennt dann auch der Dummste, dass Verbalinjurien grundgesetzlich nicht legitim sind und diese Sprachverrohung die Menschenwürde untergräbt.

Kurt Cerdini, Heidelberg

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 11 | 69. Jahrgang 2020
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

karadesign

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.549 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

VERSAMMLUNGSRECHT

Das hoheitliche Eingriffshandeln im Versammlungsgeschehen



Von **Hartmut Brenneisen, Michael Wilksen, Dirk Staack** und **Michael Martins**.

5. überarbeitete Auflage 2020

Umfang: 680 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 45,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0889-2

Das vorliegende Werk verknüpft die Vorteile eines Kommentars mit denen eines Lehr- und Studienbuchs. Durch die themenbezogene Gliederung in 14 Kapitel, das umfangreiche Stichwortverzeichnis sowie zahlreiche Belege aus Rechtsprechung und Schrifttum bietet es eine umfassende Hilfestellung an und ist sowohl zur methodischen Erarbeitung der Gesamtmaterie des Versammlungsrechts als auch als wertvolles Nachschlagewerk zur Beantwortung von Einzelfragen geeignet.

Neben dem Versammlungsgesetz des Bundes werden die nach der Föderalismusreform I bisher entstandenen bereichsspezifischen Landesregelungen in Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein berücksichtigt. In diesem Kontext wird auch die sicherheitspolitische Diskussion nachgezeichnet, analysiert und bewertet.

Inhaltlich geht es zunächst um die verfassungs- und versammlungsrechtlichen Grundlagen. Auf dieser Basis wird der exekutive Handlungsrahmen im Vorfeld, während der Hauptphase und nach Ende von Versammlungen bearbeitet. Dabei wird zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen differenziert. Einigen besonderen Problemstellungen, zum Beispiel Masseningewahrsamnahmen, demonstrativen Sitzblockaden, Pressebeschlagnahmen und rechtsextremistischen Aufmärschen, wird ein eigenes Kapitel gewidmet.



HERAUSGEBER UND AUTORN

Prof. Hartmut Brenneisen, Ltd. Regierungsdirektor a.D.

Michael Wilksen, Landespolizeidirektor

Dirk Staack, Polizeidirektor

Michael Martins, Erster Polizeihauptkommissar



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Wissenschaftlich erwiesen:
Unsere ENTKEIMUNGSGERÄTE
zerstören in Minuten 99,99% aller Viren
und Bakterien in der Raumluft.

WELTWEIT einzigartige Hygieneproduktlinie gegen SARS CoV2



MADE
IN
GERMANY

Modernstes Hygiene-Management

VIROLACK H610 und K630 ist ein effektiver Schutz vor Schmierinfektionen durch Viren und Bakterien an Oberflächen wie Türklinken, Tastern und Handgriffen etc.



Verwaltung & Schulen

VIROMED ist die perfekte, ineinandergreifende und sich in der Wirkung potenzierende Kombination aus Vorfiltration, photochemischer Entkeimung, katalytischer Oxidation und bipolarer Ionisation: Das VIROMED SYSTEM. Aufbauend auf mehr als 30 Jahren spezifischer Erfahrung in Sachen Luftaufbereitung und Entkeimung ist es uns mit Hilfe deutscher Universitäten gelungen, ein Verfahren zu entwickeln, das Keime und Viren – einschließlich SARS/Corona, Ebola und Influenza – innerhalb von Minuten in der Raumluft zu 99,99% inaktiviert. Die Funktion und Wirkungsweise wurde im Hochsicherheitslabor der Philipps-Universität Marburg (Institut für Virologie) nachgewiesen: Die Infektiosität der SARS-Viren wurde bis unter die Nachweisgrenze reduziert.

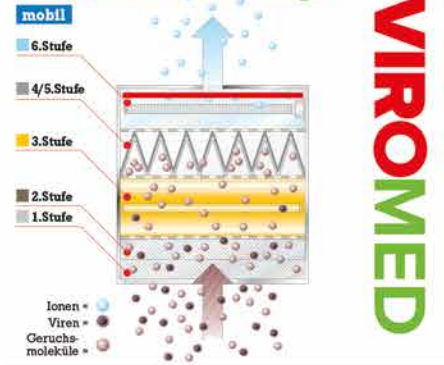
Mit VIROMED haben Sie die Möglichkeit sich zu schützen und das Ansteckungsrisiko extrem zu senken. Schaffen Sie jetzt überall Bedingungen, wie sie z.B. in OP-Bereichen selbstverständlich sind.

Eine wissenschaftliche Studie der UniBw München bestätigt, nahezu 100% Virenschutz. Wenn die Anlage dauerhaft läuft, wird kein Mensch in einem Raum eine Aerosolkonzentration von infektiösem Niveau erzeugen.



Luft & Kreuzfahrt

VIROMED - Technologie



Fitnessstudios

Auszug aus dem wissenschaftlichen Gutachten der renommierten Philipps-Universität Marburg:

Der Effekt des verwendeten Gerätes auf die Infektiosität war signifikant und schnell. Schon nach einer Minute waren keine infektiösen Viren mehr nachweisbar. Der Wert reduzierte sich unter die Nachweisgrenze (Reduktion um mehr als 4 LogStufen). Die Inaktivierung wurde durch die Anwesenheit von Serumproteinen nicht beeinträchtigt.



Zertifizierte Sicherheit:
CE zertifiziert gemäß EG-Richtlinien 93/42/EW
Gund Gesetz für Medizinprodukte MPG

- 1. Stufe: Vorfiltration
Starkes und geräuscharmes Gebläse mit bürstenlosem Motor wälzt mit hohem keimfreien Volumenstrom (bis 1000m³/Std) die Raumluft in kurzer Zeit um und reduziert so drastisch die Keimbelastung der Atemluft. In der Raumluft befindliche Aerosole werden schnell mit der entkeimten Luft vermischt und aufgelöst.
- 2. Stufe: Plasma Reaktor/Generator
Aktiviert die Luft durch Corona Entladung. Kaltplasma erzeugt freie Sauerstoffradikale welche die Zellstrukturen der Mikroorganismen zerstören. Dadurch werden über 99,97 % aller Viren, Sporen, Pilze, Pollen und anderer Allergene und Gerüche vernichtet bzw inaktiviert. Der in dieser Stufe entstehende pathogene Aktivsauerstoff (Ozon) wird in der 5. Stufe durch einen Aktivkohlefilter wieder neutralisiert.
- 3. Stufe: Elektrostatischer Filter
Filtert durch elektrostatische Aufladung die inaktivierten Keime, Allergene und Feinstaub aus der Atemluft.
- 4. Stufe: UV-C Katalyse Stufe
Entkeimung durch Kombination von starker UV-C Quelle mit Titandioxyd Katalysator. In dieser Stufe wird das Erbmaterial von Keimen durch intensive UV-C Strahlung zerstört, die Titandioxyd Beschichtung katalysiert Organische Stoffe, Keime, Gerüche und andere volatile Schadstoffe. Die radikale UV-C Katalyse Einheit eliminiert nachweislich bis zu 99,9995 % der Keime
- 5. Stufe: Plasma Katalyse Einheit
Katalytische Reaktion und Filterung der in der Atemluft enthaltenen Schadstoffe.
- 6. Stufe: Ionisierung
Nach der Reinigung der Luft werden natürliche Ionen angereichert um der Raumluft Frischluftcharakter wie in der Aussenluft zu erzeugen. Zusätzlich werden die in der (noch nicht gefilterten) Raumluft enthaltenen Viren, Keime, Feinstaubanteile und Allergene durch sogenannte Clusterbildung gebunden.

